

Palästina Journal

Ausgabe 17 · April 2021
Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft



Wege der Frauen

Kommentare

US-Nahost-Politik
Normalisierungsabkommen

Schwerpunkt

Frauenbefreiung nicht auf später verschieben
Fidaa Zaanin, Khoulood Daibes, Hanan Ashrawi,
Khalida Jarrar, Amal Abu Srou

IMPRESSUM

ISSN 1436-252X

Herausgeberin

Deutsch-Palästinensische
Gesellschaft e.V. (DPG)
PF 1148, 49171 Hilter a.T.W.
dpg@dpg-netz.de, www.dpg-netz.de



Redaktion

Wiebke Diehl (Berlin)
Hermann Dierkes (Duisburg)
Jan-Günther Frenzel (Berlin)
Detlef Griesche (Bremen)
Ursula Mindermann (Telgte)
Nazih Musharbash (Bad Iburg)
Gisela Siebourg (Berlin)
Wiltrud Rösch-Metzler (Stuttgart)
verantwortliche Redakteurin

Redaktionsanschrift

redaktion@dpg-netz.de

Korrektur

Lea Mindermann

Satz, Layout & Druck

Druckhaus Köhler GmbH
Siemensstraße 1–3, 31177 Harsum
www.druckhaus-koehler.de

Erscheinungsweise

Das Palästina Journal erscheint
im Jahr 2021 zweimal.

Preis

Der Bezugspreis für das Palästina Journal
ist im DPG-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Abo

Bitte wenden Sie sich an die DPG.

Spenden

Um dieses unabhängige Journal veröffentlichen zu
können, ist die DPG auf Spenden angewiesen.

Bitte spenden Sie an:

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG)
Sparda West e.G.
BIC: GENODE33SPK
IBAN: DE37 3706 0590 0100 3392 10

Titelbild

Junge Frau im besetzten Palästina

FOTO // URSULA MINDERMANN

Inhalt

Palästina Journal · Ausgabe 17 · April 2021



- 03 Nachrichten aus Palästina //** Ermittlungen wegen möglicher Kriegsverbrechen / Wahljahr 2021 in Palästina / Impfkampagne in Gaza hat begonnen / Wieder Sicherheitskooperation mit Israel / HeidelbergCement bei völkerrechtswidrigem Rohstoffabbau / Rekord bei Hauszerstörungen / Palästinas Kulturgüter
- 06 Kommentare //** US-Nahost-Politik: nichts Neues / Normalisierungs-Abkommen: erneuter Verrat
- 07 Deutschland, EU und Nahost //** Frankreich ignoriert Menschenrechtsgerichtshof / EU-Außenbeauftragter Josep Borrell kritisiert Siedlungsbau in Givat Hamatos / Kein Schutz für EU-Entwicklungshilfe / Top-Diplomaten in Süd-Hebron / EU wird Wahlprozess in Palästina begleiten / Aufwertung der IHRA durch Deutschland / Außenministertreffen in Kairo zum Nahost-Friedensprozess
- 09 Schwerpunkt: Wege der Frauen //** Palästinensischer Widerstand von Frauen: Ahed al-Tamimi und die Frauen von Jubbet al-Thi'b
- 10 Schwerpunkt: Wege der Frauen //** Frauenbefreiung nicht auf später verschieben
- 11 Aktivitäten //** Auf ein Wort! / DPG-Beitrittserklärung / Kundgebung zum Internationalen Tag der Solidarität mit Palästina / Kein Impfstoff für Palästina? / Keine Ahndung von Kriegsverbrechen? / DPG in Europäischer Palästina-Koordination / DPG-Regionalgruppen / Virtuelle Veranstaltungsreihe / Seminarbericht „Freies Land – freie Frauen“ / 38 Rezepte aus Palästina / Palästinenser*innen in der Diaspora
- 15 Schwerpunkt: Wege der Frauen //** Die palästinensische Position in Deutschland vermitteln
- 16 Schwerpunkt: Wege der Frauen //** „Normalisierung mit Israel bedeutet Normalisierung der Besatzung, Normalisierung von Rechtlosigkeit“
- 18 Schwerpunkt: Wege der Frauen //** Khalida Jarrar schreibt aus der Haft
- 19 Schwerpunkt: Wege der Frauen //** Palästina weiterhin ohne echte Rechtsreform für Frauen
- 21 Medienempfehlungen //** Filme / Ausstellungen / Bücher
- 23 Weltweite Solidarität //** Veranstaltungsverbote in der Kritik / Berliner Kunstprojekt verhindert / Kulturinstitutionen werden aktiv / Bt3P klagt gegen BDS-Bundestagsbeschluss / Protest gegen Zerstörung von Khirbet Hamsa Al Foqa / Was ist BDS? / CAF liefert Straßenbahn für Siedlung / Gymnasiast*innen verweigern Kriegsdienst
- 26 Der Konflikt auf einen Blick**
- 27 Poesie //** Doreen Tatour: „Die Frauen-Hymne“
- 28 Kunst //** Sliman Mansour: „Die Auswandererin“

Liebe Leser*innen,

der Schwerpunkt dieser Ausgabe befasst sich mit dem Thema „Rolle der palästinensischen Frau“. Obwohl die aktuelle politische Situation sich mittlerweile in und um Palästina dramatisch verschlechterte, hat sich das Redaktionsteam entschieden, am Schwerpunkt festzuhalten und die Auswirkungen mancher Entscheidungen, Abkommen und Beschlüsse durch Nachrichten und Kommentare zu berücksichtigen. Wir wünschen eine gute Lektüre.

Ihre Redaktion
redaktion@dpg-netz.de

Nachrichten aus Palästina

ERMITTLUNGEN WEGEN MÖGLICHER KRIEGSVERBRECHEN

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) will möglichen Kriegsverbrechen in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten nachgehen. Damit ist der Weg frei für Ermittlungsverfahren zu möglicherweise dort begangenen Kriegsverbrechen der israelischen Armee und palästinensischer Milizen. Hamas und Fatah begrüßten die Ankündigung des Internationalen Strafgerichtshofs, die israelische Regierung verurteilte sie als „Antisemitismus“.

WAHLJAHR 2021 IN PALÄSTINA

Präsident Mahmoud Abbas hat am 15. Januar den Wahlprozess im besetzten Palästina per Dekret gestartet. Am 22. Mai 2021 wird das Parlament (Legislativrat), am 31. Juli 2021 der Präsident und am 31. August 2021 der Palästinensische Nationalrat gewählt. Ministerpräsident Shtayyeh betonte:

„Die palästinensische Demokratie soll nicht länger eine Geisel der (israelischen) Besatzung sein. Die unterzeichneten Abkommen sehen vor, dass alle Palästinenser*innen im Gaza-Streifen und in der Westbank einschließlich Jerusalem an den Wahlen teilnehmen.“

Er forderte die Internationale Gemeinschaft, besonders die EU, auf, ihren Druck auf die israelische Besatzungsregierung zu erhöhen, damit auch die palästinensische Bevölkerung in Ost-Jerusalem an den Wahlen teilnehmen kann.

HEIDELBERGCEMENT BEI VÖLKERRECHTSWIDRIGEM ROHSTOFFABBAU

FOTO // ONECLIMATE, ZAZIM, MA'AN U.A.



Aktivist*innen forderten, den Steinbruch Nahal Rabba in der Samaria Gate Industrial Zone sofort zu schließen und das Gebiet ökologisch wiederherzustellen. Der deutsche Konzern HeidelbergCement, über sein Tochterunternehmen Hansen Besitzer des Steinbruchs, verstößt mit dem Betrieb eines Siedler-Steinbruchs in besetztem Gebiet gegen das Völkerrecht.

MENSCHENRECHTSAKTIVIST ISSA AMRO VERURTEILT

Der Menschenrechtsaktivist Issa Amro aus Al Khalil/Hebron ist am 6. Januar von einem israelischen Militärgericht zu sechs Monaten Haft verurteilt worden. Amnesty International, die EU und viele andere setzen sich für ihn und den Schutz aller Menschenrechtsverteidiger*innen in Israel und Palästina ein.

FOKOLAR-BEWEGUNG WÄHLT PALÄSTINENSERIN

Die neue Präsidentin der weltweiten Fokolar-Bewegung ist die 58-jährige Margaret Karam. Die israelische Palästinenserin wurde für sechs Jahre gewählt, teilte die Bewegung mit.



Im Gazastreifen wird Müll von Familien in Covid-Quarantäne separat entsorgt.

IMPFKAMPAGNE IN GAZA HAT BEGONNEN

Im Gazastreifen hat Ende Februar die Impfkampagne gegen das Coronavirus begonnen. Das teilte das Gesundheitsministerium mit. In den ersten drei Wochen sollen 11.000 Menschen den russischen Impfstoff Sputnik-V erhalten. Vorrang haben medizinisches Personal, Ältere und Risikopatient*innen. Im von der Hamas regierten Gazastreifen leben etwas mehr als zwei Millionen Menschen auf engem Raum bei schlechter medizinischer Versorgung. Seit Beginn der Pandemie wurden dort mehr als 54.000 Infektionen und über 540 Todesfälle registriert.

Im Westjordanland, wo die Palästinensische Autonomiebehörde regiert, begannen die Impfungen Anfang Februar.

KOLLEKTIVSTRAFE

Israel verhängt Sanktionen und Strafen gegen Banken, die Zahlungen von der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) an die Familien von Palästinenser*innen abwickeln, die in israelischen Gefängnissen sitzen oder inhaftiert waren. Das meldete die palästinensische Nachrichtenagentur Maan. Die Sanktionen traten ab dem 30. Dezember in Kraft. Tel Aviv nimmt sich auch das Recht heraus, notfalls das Geld zu konfiszieren. Bereits im Mai hatte die jordanische Cairo Amman Bank den Familien der Gefangenen mitgeteilt, sie sollten sich eine andere Bank suchen, wie die Nachrichtenagentur AP berichtete. Einige ihrer Filialen wurden daraufhin mit Molotowcocktails angegriffen. Die Palästinenser*innen fürchten, die anderen 13 Bankhäuser, die auf der Westbank aktiv sind, könnten dem Beispiel der Cairo Amman Bank folgen.

WIEDER SICHERHEITSKOOPERATION MIT ISRAEL

Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) hat die Sicherheitskooperation mit Israel wieder aufgenommen, wie Mitte November bekannt wurde. Im Mai 2020 hatte die palästinensische Führung die Zusammenarbeit mit den israelischen Sicherheitskräften im Blick auf die beabsichtigte Annexion von Teilen des Westjordanlandes aufgekündigt. In der Hoffnung auf eine Weiterführung der Oslo-Verhandlungen unter US-Präsident Joe Biden wurde sie wieder aufgenommen.

PLO-GENERALSEKRETÄR SAEB EREKAT VERSTORBEN

FOTO // © WORLD ECONOMIC FORUM / FARUK PINJO



PLO-Generalsekretär Saeb Erekat ist im November 2020 im Alter von 65 Jahren in Jerusalem mit Covid-19 verstorben. Der prominente Politiker war langjähriger Chefunterhändler in den palästinensisch-israelischen Verhandlungen. Erekat studierte in San Francisco und Bradford und lehrte als Politikwissenschaftler an der Universität Nablus. Der weltgewandte Diplomat war überzeugt, dass der Nahostkonflikt nur auf dem Verhandlungsweg gelöst werden kann.

SIEDLERGEWALT

Israelische Armeen, private Sicherheitsdienste und Siedler*innen verüben im Schnitt monatlich zehn Angriffe auf Kindergartenkinder, Schüler*innen, Lehrer*innen und Einrichtungen. Dies ergab eine Untersuchung des Norwegian Refugee Councils für den Zeitraum Januar 2018 bis Juni 2020. Dreiviertel der insgesamt 296 Übergriffe führte das israelische Militär aus, darunter Überfälle auf Schulen, Festnahmen von Kindern in Schulen und an Checkpoints und Schüsse auf Kinder.

FARES UND SEINE SCHAFHERDE

Am 7. Oktober 2020 kam Fares mit seiner Herde zum Weiden aus seinem Dorf A-Tha'ala (South Hebron Hills). Drei Siedler aus Havat Ma'on griffen ihn und seine Herde an. Sie hetzten ihren Hund auf ihn und seine Schafe. Das Ergebnis: zwei Schafe starben, sechs wurden verletzt und 15 Schafe hatten eine Fehlgeburt. Als der Hund Fares angriff, war er gezwungen, das Tier mit einem Stein zu bedrohen, um es fernzuhalten. Die Siedler fotografierten dies und reichten eine Beschwerde gegen Fares ein, er habe Steine auf sie geworfen. Soldat*innen verhafteten ihn. Am nächsten Tag reichte Fares Familie bei der Polizei Beschwerde ein. Nach 23 Tagen wurde Fares gegen Kautionsfreigabe gelassen und bis zu seinem Prozess vor Gericht unter Hausarrest gestellt. Keiner der Angreifer wurde verhaftet. <https://www.icaad.de/sagt-nicht-ihr-haettet-es-nicht-gewusst-nr-722/>

KOLLABORATEURE ERHALTEN KEINE STAATSBÜRGERSCHAFT

4.284 Palästinenser*innen, denen Kollaboration mit Israel vorgeworfen wird und deren Leben in Palästina gefährdet ist, haben zwischen 2016 und 2019 versucht, in Israel eine Aufenthaltsberechtigung zu bekommen. Nur elf Personen, d.h. 0,2 Prozent haben eine solche erhalten. Diese Zahlen hatte die medizinische Organisation Physicians for Human Rights (PHR) bei der israelischen Regierung angefragt. PHR setzt sich dafür ein, dass diese Personen in Israel dann auch Krankenversicherung und Arbeitserlaubnis erhalten.

RAZZIEN BEI FAMILIEN

6.402 Mal ist das israelische Militär in den Jahren 2017/18 nach Angaben des UN-Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten in palästinensische Häuser in den besetzten Gebieten eingedrungen. Ein Haftbefehl oder auch nur ein Grund für einen Verdacht ist nicht erforderlich. Die Soldat*innen dringen in die Häuser ein, um den Palästinenser*innen „das Gefühl zu geben, verfolgt zu werden“, um „ihre Anwesenheit zu demonstrieren“, um die Häuser und ihre Bewohner*innen zu „kartografieren“. Die Implikationen sind schrecklich: Eltern, die für den Bericht befragt wurden, sprachen davon, dass ihre Kinder Langzeitsymptome wie Angst, Überempfindlichkeit und Schlafstörungen sowie aggressives Verhalten entwickeln. Die Eltern selbst entwickelten ähnliche Symptome.

Der Bericht analysiert Zeugenaussagen von Ex-Soldat*innen und Palästinenser*innen, und beschreibt den Einsatz von Invasionen – die fast immer nachts stattfinden. Diese Einsätze fanden ständig statt – durchschnittlich neun Mal pro Nacht. Viele Soldat*innen berichteten sogar, dass sie manchmal zum Zweck der Ausbildung oder der Erprobung neuer Ausrüstung durchgeführt wurden („Sie mussten das Aufbrechen der Türen üben“).

REKORDZAHL BEI HAUSERSTÖRUNGEN

In einem vor kurzem veröffentlichten UN-Bericht über Hauszerstörungen und Vertreibungen in der Westbank ist eine Rekordzahl von Abrissen und Beschlagnahmungen verzeichnet. Im November 2020 haben die israelischen Behörden 178 palästinensische Gebäude im Westjordanland abgerissen, beschlagnahmt oder deren Bewohner*innen zum Abriss gezwungen. „Das ist die höchste Zahl in einem einzigen Monat, seit OCHA im Jahr 2009 begann, diese Praxis systematisch zu dokumentieren“. 158 Menschen wurden vertrieben. Über 1000 weitere Personen wurden beeinträchtigt. Alle Gebäude, bis auf eines, das als Kollektivstrafe abgerissen wurde, befanden sich in der C-Zone oder Ost-Jerusalem und wurden aufgrund fehlender Baugenehmigungen, die für Palästinenser*innen fast unmöglich zu erhalten sind, gezielt zerstört.

<https://www.icaad.de/ocha-bericht-westbank-zerstoerungen-und-vertreibung-november-2020/>

UN SCHÜTZEN FRAUEN

UN Women bezuschusst zusammen mit der kanadischen Regierung den Ausbau der bestehenden Frauen-Schutzräume in der Westbank und in Gaza: Mehwar Centre for the Protection and Empowerment of Women and Families in Bethlehem, Al Bayt Al Aman in Nablus, Bait Al Tawarea in Jericho und das Hayat Centre in Gaza.

UN FORDERN FREILASSUNG VON EHEMALIGEM GAZA-DIREKTOR VON WORLD VISION

Die Anklage Israels gegen Mohammed el-Halabi, dem ehemaligen Direktor von World Vision in Gaza, wog schwer. Er habe Geld an die Hamas umgeleitet. Über vier Jahre später, nachdem el-Halabi immer noch im israelischen Gefängnis sitzt, er Folter und über 140 nicht-öffentliche Verhandlungstage hinter sich hat, fordern vier UN-Sonderberichterstatter*innen seine sofortige Freilassung oder ein sofortiges faires Gerichtsverfahren. World Vision und die australische Regierung, die das Geld gab, haben den Vorwurf überprüft und keine Bestätigung gefunden.

BESETZUNG IST APARTHEID

Im Westjordanland begeht Israel systematisch Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Form eines Apartheidregimes, dessen Opfer die palästinensische Bevölkerung ist, hat die israelische Juristen-NGO Yesh Din in einem Rechtsgutachten festgestellt. Es handele sich um ein Verbrechen der Apartheid, weil die israelischen Behörden im Kontext der Beherrschung und Unterdrückung einer nationalen Gruppe durch eine andere nationale Gruppe unmenschliche Handlungen, Politiken und Praktiken umsetzen, die dem im Völkerrecht definierten Tatbestand unmenschlicher Handlungen entsprechen. Zum Beispiel: Verweigerung von Rechten einer nationalen Gruppe; Verweigerung von Ressourcen einer Gruppe und deren Übertragung auf eine andere Gruppe; physische und rechtliche Trennung zwischen den beiden Gruppen; die Anwendung unterschiedlicher Rechtssysteme, um nur einige zu nennen. Wie das Gutachten weiter festhält, verfolge die israelische Regierung im Westjordanland einen Prozess der «schrittweisen Annexion».

PRÄSIDENT ABBAS FORDERT FRIEDENSKONFERENZ

Präsident Mahmud Abbas hat bei der UN-Generalversammlung im September 2020 eindringlich an UN-Generalsekretär António Guterres appelliert, eine Nahost-Friedenskonferenz zu organisieren. Die Konferenz soll **„dem palästinensischen Volk seine Unabhängigkeit und Freiheit in einem eigenen Staat zu garantieren,“** sagte Abbas in seiner Rede, die in der UN-Generaldebatte als Videobotschaft ausgestrahlt wurde. Ziel müsse die Beendigung der israelischen Besatzung sein und das palästinensische Volk in den Grenzen von 1967 seine Freiheit und Unabhängigkeit mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt erhalten. Für die Flüchtlinge müsse eine Lösung auf Basis der UN-Resolution 194 getroffen werden.

MAHER AL-AKHROS BEENDET NACH 103 TAGEN SEINEN HUNGERSTREIK

Nach 103 Tagen hat Maher Al-Akhras seinen Hungerstreik beendet, nachdem die Besatzungsbehörden versprochen, seine Administrativhaft nicht zu erneuern. Am 27. Juli 2020 wurde er in seinem Haus in der Nähe der Stadt Jenin verhaftet und ohne Anklage oder Gerichtsverfahren inhaftiert, mit der Behauptung, dass er eine Bedrohung für die israelische Sicherheit darstelle. Nach 91 Tagen Streik hatte sich der Gesundheitszustand des Gefangenen stark verschlechtert, und er befand sich in Lebensgefahr. Er hatte Schwierigkeiten zu sprechen und fiel mehrmals ins Koma.

FOTO // SAMIDOUN



Maher al-Akhras darf Besuch von seiner Tochter im Krankenhaus empfangen

VERBESSERTE ARBEITSERLAUBNIS FÜR ISRAEL

Zukünftig sollen palästinensische Arbeiter*innen aus dem besetzten Palästina in Israel selber über eine Arbeitserlaubnis verfügen und dadurch unabhängiger von ihren Chef*innen werden. Bislang ist die Arbeitserlaubnis im Besitz des israelischen Arbeitgebers bzw. der israelischen Arbeitgeberin.

PALÄSTINAS KULTURGÜTER UND DIE ISRAELISCHE BESATZUNG

Von Jericho, der ältesten noch bewohnten Stadt bis hin zum ersten religiösen Pilgerort Jerusalem verfügt Palästina über reiche archäologische Stätten. Das historische und kulturelle Erbe Palästinas ist eine Quelle des Nationalstolzes, der die nationale, kulturelle, soziale und wirtschaftliche Identität des Landes nachhaltig geprägt hat. Auf Palästinas Territorium befinden sich nach Angaben der palästinensischen Mission in Deutschland rund 7.000 archäologische Stätten. Mehr als die Hälfte davon sind in Gebieten, die unter vollständiger israelischer Kontrolle sind. 200 Stätten liegen inzwischen in israelischen Siedlungen. Weitere 1.000 Stätten sind durch den Bau der Annexionsmauer beschädigt oder zerstört worden.

PALÄSTINENSISCHER AUSSENMINISTER BESUCHT BERLIN

Der palästinensische Außenminister Dr. Riyad Al-Malki hat im November in Berlin Bundesaußenminister Heiko Maas getroffen. Im Verlauf der Pandemie habe Deutschland so viel **„medizinische Ausrüstung (für Palästina) zur Verfügung gestellt, wie niemand sonst.“** Jetzt seien noch einmal 50 Beatmungsgeräte dazugekommen. Maas informierte, dass Deutschland eine aktivere Rolle mit Blick auf die Rückkehr zum palästinensisch-israelischen Dialog spielen wolle.

GEWALT GEGEN KINDER

Im vergangenen Jahr haben israelische Besatzungstruppen Gewalt und schwere Verstöße gegen palästinensische Kinder verübt. 2020 dokumentierte die NGO Defense for Children International Palestine (DICP) 79 Fälle, in denen palästinensische Kinder aus der Westbank in israelischen Gefängnissen inhaftiert und misshandelt wurden. Fast 85% der Kinder gaben an, im Verlauf ihrer Inhaftierung körperlich misshandelt worden zu sein, 68% berichteten von Fesselungen ihrer Beine, 91% wurden die Augen verbunden, so das DCIP. Die israelischen Besatzungstruppen hatten die meisten der Kinder nachts aus ihren Häusern geholt und verhaftet (57%). Zudem erfuhren 76% nicht die Gründe ihrer Verhaftung.

JÜDISCHER NATIONALFONDS ENGAGIERT SICH FÜR SIEDLUNGEN

Der Jüdische Nationalfonds (JNF) ist künftig offiziell in der Westbank am Ausbau der völkerrechtswidrigen Siedlungen beteiligt. Der JNF arbeitet seit seiner Gründung im Jahr 1901 als zentrales Instrument für die Kolonisierung Palästinas. Bis heute ist festgeschrieben, dass Land in JNF-Besitz ausschließlich für Jüdinnen und Juden reserviert ist.

DRUCK AUF HAMAS-KANDIDAT*INNEN

Der israelische Inlandsgeheimdienst hat bereits damit begonnen, Kandidat*innen der Hamas für die Wahlen unter Druck zu setzen, damit diese ihre Kandidatur aufgeben, wie die Haaretz-Redakteurin Amira Hass berichtet. Die Drohungen reichen von Telefonanrufen bis zu Administrativhaft (da braucht es keinen Grund für die Festnahmen). Aus diesen Gründen könne man unter Besatzung nicht von freien Wahlen reden, so Amira Hass.

US-Nahost-Politik: nichts Neues

Die neue US-Administration unter Biden propagiert „Gerechtigkeit, Respekt und Diversität“. Mal sehen, was in der Praxis aus den schönen Worten wird. Klar ist aber jetzt schon: Die Palästinenser*innen sind damit wieder mal nicht gemeint. Das ist das Ergebnis der mehrstündigen Senatsanhörung des designierten Außenministers Blinken. Man wolle zu dem Atom-Vertrag mit dem Iran zurückkehren, der von Trump einseitig gekündigt worden war, **„wenn sich der Iran zur Erfüllung verpflichtet“**. Gleichzeitig versicherte Blinken, weiterhin fest an der Seite Israels zu stehen. Offenbar will sich das Biden-Team weder mit der Israel-Lobby, der Rüstungs- und „Sicherheits“-industrie, noch mit Netanjahu anlegen. Dieser hatte sich ja als intimer Trump-Kompagnon sehr schwer getan, Bidens Wahlsieg anzuerkennen. Sein schließlicher Kurswechsel bewies erneut seine Skrupellosigkeit. Da hätte es der Fürsprache von Bundesaußenminister Maas bei Biden gar nicht mehr bedurft.

Blinken hat weder von Israels ausuferndem Siedlungsbau, von den Rechten der Palästinenser*innen und ihrer kolonialen Unterdrückung, noch von den kriegerischen Aktivitäten Israels in der Region gesprochen. Dafür aber, dass die Sicherheit des **„jüdischen und demokratischen Staates sakrosankt“** sei. So ermahnte er beide Seiten heuchlerisch, **„keine einseitigen Schritte zu unternehmen“**. Nichts Neues! Die Trump-Politik, u.a. die demonstrative Verlegung der Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem sowie der Einkauf arabischer Diktaturen, um ihre Anerkennung Israels zu erreichen, wurde ausdrücklich befürwortet. Die vom Westen immer wieder im Munde geführte „Zwei-Staaten-Lösung“ wurde zwar als Randnotiz wiederholt, aber, so Blinken sinngemäß, diese sei derzeit nicht aktuell. Die BDS-Kampagne zur Durchsetzung des Völkerrechts wurde – unter Berufung auf Biden selbst – auf entsprechende Fragen aus dem rechten Republikaner-Lager wie Cruz und Graham abgelehnt, weil sie Israel einseitig anprangere. Israel sei auch kein rassistischer Staat. Beide Positionen trafen auf lebhaft Zustimmung im Senat. Der letzte Punkt sollte auch als klare Absage auf ein Interview mit der palästinensischstämmigen Abgeordneten der Demokratischen Partei, Rashida Tlaib, gewertet werden. Diese hatte Israel kurz vor der Senatsanhörung ausdrücklich als rassistisch charakterisiert, nicht zuletzt aufgrund der Impf-Strategie der israelischen Regierung, die die Palästinenser*innen ausgrenzt und eindeutig Apartheid-Charakter trägt.

Blinken wurde vom republikanischen Senator Graham als „bemerkenswerte Wahl“ gelobt. Nun ist er neuer US-Außenminister – neu ist allerdings, wie es sich abzeichnet – nur die Person. Die deutsche Bundesregierung und die EU können sich beruhigt zurücklehnen und ihren völkerrechtswidrigen Kurs in Sachen Israel/Palästina fortsetzen. Es sei denn, es finden endlich mehr Menschen den Mut, die Mainstream-Politik zu einem Kurswechsel zu zwingen.

HERMANN DIERKES

Normalisierungs-Abkommen: erneuter Verrat

Die vom ehemaligen US-Präsident Donald Trump auf Wunsch des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu initiierten Annäherungen einiger arabischen Staaten zu Israel dienen nicht dem Frieden in Nahost oder zwischen Israel und Palästina, wie von den beiden suggeriert wird. Im Vordergrund stehen eigene politisch-strategische und wirtschaftliche Interessen. So werden die Golfstaaten mit einer so genannten Normalisierung und Anerkennung Israels angelockt, um sich für eine Allianz gegen den vermeintlichen gemeinsamen Feind Iran zur Verfügung zu stellen. Zurzeit ist Saudi-Arabien diesem Pakt noch nicht beigetreten, obwohl der mächtige Kronprinz Mohammad bin Salman darauf drängt. Es wird vermutet, dass der alte König sich zurückhaltend verhält, so dass möglicherweise nach seinem Ableben diese Allianz Israel/USA/Golfstaaten komplettiert wird.

Während die Golfstaaten eine palästinafeindliche Strategie verfolgen, ist die Motivation vom Sudan und Marokko noch fragwürdiger. Für die Normalisierung zu Israel wird das Königreich Marokko dadurch geködert, dass die Besetzung der Westsahara anerkannt wird, sowohl von den USA als auch von seinem neuen Freund Israel als Besatzer Palästinas. Auch der arme, bis dahin von den USA mit Sanktionen belegte Sudan wird für seine Anerkennung Israels **„gekauft“**, und im Nu ist er aus der Liste terroristischer Staaten gestrichen.

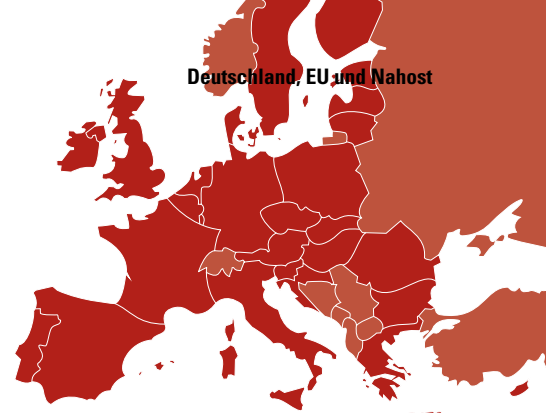
Ägypten (1979) und Jordanien (1994) haben Friedensverträge mit Israel abgeschlossen, in die sie die Palästinenser*innen nicht eingeschlossen haben. Seitdem bestehen diplomatische Beziehungen zu Israel – ohne Normalisierung. Beide Staaten setzten sich auf diplomatischem Weg für eine Unabhängigkeit Palästinas ein.

Die Vereinigten Arabischen Emirate nehmen offiziell diplomatische Beziehungen zu Israel auf und hoffen, um der Kritik der Palästinenser*innen zu entgehen, angeblich auf die Aussetzung von weiteren Annexionen durch Israel. Israel hätte wahrlich eine noch bessere Option als die diplomatische Anerkennung durch die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Marokko oder Sudan gehabt: Die Staatshäupter von 56 arabischen und islamischen Staaten waren bereit, normale Beziehungen zu Israel aufzunehmen, wenn es den von Saudi-Arabien ausgearbeiteten Friedensplan von 2002 akzeptiert hätte. Der Plan sieht immer noch vor, dass die arabische und islamische Welt (einschließlich Iran) ihre Beziehungen zu Israel normalisiert, wenn sich Israel auf seine Grenzen vor dem Sechstage-Krieg von 1967 zurückzieht und die Besatzung beendet. Außerdem umfasst der Plan die Gründung eines palästinensischen Staates wie er in den internationalen Abkommen vorgesehen war. Israel hat nie auf dieses Angebot reagiert und damit eine historische Chance verpasst. Dass die neue Beziehung zwischen Israel und den VAE die vorgesehene Annexion stoppt, ist eine Mär.

Die so genannten Normalisierungsabkommen sind nichts anderes als eine Belohnung für Verstöße gegen das Völkerrecht, Waffendeals und ein erneuter Verrat am Recht der Palästinenser*innen.

NAZIH MUSHARBASH

Deutschland, EU und Nahost



FRANKREICH IGNORIERT MENSCHENRECHTSGERICHTSHOF

【 】 Frankreich widersetzt sich dem Urteil des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), so das palästinensische Webportal electronic intifada. Das einstimmige Urteil des Gerichtshofs im Juni 2020 hatte die strafrechtlichen Verurteilungen von elf französischen Aktivist*innen für die palästinensischen Rechte aufgehoben. Das Gericht stellte fest, dass die Verurteilungen der Aktivist*innen wegen des Aufrufs, israelische Waren zu boykottieren, gegen die in der Europäischen Menschenrechtskonvention garantierte Meinungsfreiheit verstießen. Es ordnete an, dass die französische Regierung rund 7.000 Euro Schadenersatz an jede/n der Aktivist*innen zahlen muss und sprach ihnen ihre Prozesskosten zu. Dennoch gab das französische Justizministerium ein Memorandum an die Staatsanwält*innen heraus, in dem diese aufgefordert werden, weiter gegen Aktivist*innen zu ermitteln, die zum Boykott Israels aufrufen. Nach Ansicht der Rechtsexpert*innen Richterinnen Ghislain Poissonnier und Rechtsprofessor Nicolas Boeglin, zielt das neue Memorandum „offensichtlich darauf ab, die Bestrafung von Boykottaufrufen nach französischem Vorbild beizubehalten“.

EU-AUSSENBEAUFTRAGTER JOSEP BORRELL KRITISIERTE SIEDLUNGSBAU IN GIVAT HAMATOS

【 】 Der EU-Außenbeauftragter Josep Borrell hat das Ausschreibungsverfahren für den Bau von Wohneinheiten für eine völlig neue Siedlung in Givat Hamatos kritisiert. Er erklärte am 15. November 2020 in Brüssel: „Dies ist ein Schlüsselstandort zwischen Jerusalem und Bethlehem im besetzten Westjordanland. Jeder Siedlungsbau wird den Aussichten auf einen lebensfähigen und zusammenhängenden palästinensischen Staat und, allgemeiner, der Möglichkeit einer verhandelten Zweistaatenlösung im Einklang mit den international vereinbarten Parametern und mit Jerusalem als künftiger Hauptstadt zweier Staaten schweren Schaden zufügen.“ Er betonte, die „EU hat Israel wiederholt dazu aufgefordert, alle Siedlungsaktivitäten zu beenden und die seit März 2001 errichteten Außenposten abzubauen. Es bleibt die feste Position der EU, dass die Siedlungen nach internationalem Recht illegal sind.“

Eine EU-Delegation hatte am 17. November aus Protest gegen die neue Siedlung mit knapp 1.300 Wohneinheiten den Ostjerusalem Stadtteil Givat Hamatos besucht. Das proisraelische Israelnetz berichtete, jüdische Aktivist*innen hätten die Diplomaten als „Antisemiten“ und „Terrorunterstützer“ beschimpft; sie sollten „nach Europa zurückgehen“.

BUNDESREGIERUNG KRITISIERT ISRAEL WEGEN GIVAT HAMATOS

【 】 Die Bundesregierung nehme die Veröffentlichung der Ausschreibungen zum Bau der Siedlung Givat Hamatos in Ost-Jerusalem mit großer Sorge zur Kenntnis, erklärte das Auswärtige Amt. „Dieser Schritt sendet das falsche Signal zur falschen Zeit.“ Der Siedlungsbau in den besetzten Gebieten sei nicht mit dem Völkerrecht vereinbar und gefährde die Möglichkeit einer verhandelten Zwei-Staaten-Lösung. „Das Ausschreibungsverfahren für Givat Hamatos sollte gestoppt werden. Wir hoffen und erwarten, dass die israelische Regierung ihr Bekenntnis zur Zwei-Staaten-Lösung erneuert und durch praktische Schritte untermauert.“

PARLAMETARIER*INNEN DRÄNGEN EU-AUSSENMINISTER*INNEN

【 】 Rund 450 europäische Parlamentarier*innen haben einen Brief an die Außenminister*innen in Europa unterzeichnet. Darin werden sie aufgefordert, den Wechsel in der US-Regierung zu nutzen, um den Druck auf Israel zu erneuern, damit es seine „De-facto-Annexion“ des Westjordanlandes stoppt. Unter den Unterzeichner*innen sind Abgeordnete aus 22 europäischen Ländern, sowie Mitglieder des EU-Parlaments. Die große Mehrheit gehört Parteien der linken Mitte an, wie den Sozialdemokrat*innen und den Grünen. Knapp zehn Prozent kommen aus Deutschland, von Dietmar Bartsch (Die Linke) über Franziska Brantner (Grüne) bis Dietmar Nietan (SPD). Die Parlamentarier*innen stellen in ihrem Brief fest, dass die Entwicklungen vor Ort „auf eine schnell fortschreitende De-facto-Annexion“ hindeuten, „insbesondere durch den beschleunigten Siedlungsausbau und den Abriss palästinensischer Strukturen“. Diese Politik, so stellten sie fest, „eliminiert die Möglichkeit einer Zwei-Staaten-Lösung und verfestigt eine

Ein-Staat-Realität mit ungleichen Rechten und ewigem Konflikt. Dies ist die Zukunft der Region, die sowohl inakzeptabel als auch strategisch nicht machbar ist.“ „In diesem Bemühen sollten die EU und die europäischen Länder ihre Führungsrolle demonstrieren, indem sie ihre Möglichkeiten an verfügbaren politischen Instrumenten nutzen“, schrieben sie.

KOSOVO UND TSchechien ERÖFFNEN BOTSCHAFT IN JERUSALEM

【 】 Kosovo und Tschechien haben entschieden, Botschaften in Jerusalem zu eröffnen. Ein solcher Schritt steht im Widerspruch zum Völkerrecht und der EU-Politik und verstößt gegen die UN-Resolution 478 aus dem Jahr 1980, die die Einrichtung diplomatischer Missionen in Jerusalem verbietet.

KRITIK AN GYSI

【 】 Gregor Gysi, der das Abkommen Israels mit den Vereinigten Arabischen Emiraten kritiklos begrüßte, ist innerparteilich dafür getadelt worden. „So sehr die Normalisierung der Beziehungen zwischen den arabischen Staaten und Israel zu wünschen ist, so sehr setzt sie ein Ende der fortgesetzten Unterdrückung und Entrechtung der Palästinenser*innen und eine Absage an jegliche Annexion voraus“, heißt es beim Bundesarbeitskreis Nahost der Linken.

KEIN SCHUTZ FÜR EU-ENTWICKLUNGSHILFE

【 】 Die Europäische Union habe bei mehreren Gelegenheiten „Israel auch aufgefordert, EU-finanzierte Vermögenswerte, die abgerissen, demontiert oder beschlagnahmt wurden, zurückzugeben oder zu entschädigen. Im Jahr 2020 waren 114 mit EU-Mitteln finanzierte Einrichtungen betroffen, und die EU setzt sich in der Öffentlichkeit dafür ein, dass der EU-Vertreter in den besetzten palästinensischen Gebieten gemeinsam mit den Missionen der EU-Mitgliedstaaten relevante Orte in der Zone C der besetzten palästinensischen Gebiete besucht, wobei derzeit weitere Maßnahmen zum Schutz von EU-Investitionen erwogen werden.“ Dies teilte die

Europäische Kommission am 15. Januar 2021 auf eine Anfrage aus den Europa-Parlament mit. Der US-Journalist Ramzy Baroud beobachtet, dass trotz gelegentlicher Proteste, die EU-Mitglieder die israelische Botschaft verstanden haben. Die Gesamtzahl der 2019 im C-Gebiet der Westbank unterstützten Projekte sei auf zwölf gesunken, um einiges weniger als noch vor Jahren.

TOP-DIPLOMAT*INNEN IN HEBRON

[] Diplomatische Vertreter*innen aus 17 Ländern, darunter auch EU-Mitglieder, haben im Oktober 2020 palästinensische Gemeinden auf den Hügeln von Süd-Hebron, Masafer Yatta, besucht, deren Bewohner*innen Israel zu vertreiben versucht. Zuletzt wurde das Gebiet zu einer militärischen Schießzone (firing zone) erklärt.

Im Dorf Khirbet al-Majaz besuchten die Teilnehmer*innen die örtliche Schule, die mit EU-Mitteln gebaut wurde und trafen auf Gemeindevorsteher*innen zusammen. Die Tour, bei der die neuesten Sicherheitsrichtlinien von Covid-19 eingehalten wurden, wurde von den israelischen NGOs Breaking the Silence und B'Tselem organisiert. Seit 2006 und bis Ende September 2020 hat B'Tselem den Abriss von 66 Gebäuden dokumentiert, in denen 358 Menschen, darunter 163 Minderjährige lebten. Seit Anfang 2012 hat B'Tselem auch den Abriss von 21 Nicht-Wohngebäuden in diesen Gemeinden dokumentiert.

EU WIRD WAHLPROZESS IN PALÄSTINA BEGLEITEN

[] EU-Wahlbeobachter*innen werden die Wahlen in Palästina unterstützen. Die Zentrale Wahlkommission (CEC) in Palästina hatte dazu eine Einladung an die Europäische Union und das Europäische Parlament ausgesprochen. Der EU-Vertreter Sven Kuhn von Burgsdorf betonte die Unterstützung der EU zur Abhaltung freier und fairer Wahlen im Einklang mit internationalen Standards und ihre Rolle als langjährige Schlüsselpartnerin (die EU). Die Beteiligung der gesamten palästinensischen Bevölkerung am Wahlprozess sei wichtig, so von Burgsdorf und müsse, einschließlich der Beteiligung der Bevölkerung in Ost-Jerusalem sichergestellt werden.

KRITISCHE STELLUNGNAHME ZUR IHRA

[] Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI), ein offizielles Gremium von Menschenrechtsexpert*innen, die von den Mitgliedsstaaten des Europarates ernannt werden, hat am 2. Dezember 2020 eine Stellungnahme zur IHRA-Definition verabschiedet, in der sie Bedenken gegen die Definition äußert: „**ECRI betont nachdrücklich, dass jeder Versuch, die Arbeitsdefinition und ihre Beispiele zu**

missbrauchen, um legitime Kritik an Israel und seiner Politik, insbesondere gegenüber dem palästinensischen Volk und im Zusammenhang mit der israelischen Besetzung der palästinensischen Gebiete, zu unterdrücken oder als antisemitisch zu stigmatisieren, die Bemühungen zur Bekämpfung des Antisemitismus gefährden wird und daher zurückgewiesen werden sollte.“

Der Bericht schließt mit einer stark eingeschränkten Befürwortung: „**In Anbetracht der obigen Ausführungen begrüßt ECRI die nicht rechtsverbindliche IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus in dem Sinne, dass sie ein besseres Verständnis von Antisemitismus unterstützt und fördert. (...) Obwohl es sich weder um eine Definition handelt, die in einem internationalen Vertrag enthalten ist, noch um eine Definition, die in Gerichtsverfahren verwendet werden soll, noch um eine universell anerkannte akademische Definition, ist ECRI der Ansicht, dass sie ein positives Instrument sein kann und ermutigt die Mitgliedsstaaten des Europarates, sie zu berücksichtigen, insbesondere in den Bereichen Datenerhebung, Bildung und Bewusstseinsbildung.**“

<https://rm.coe.int/opinion-ecri-on-ihra-wd-on-antisemitism-2755-7610-7522-1/1680a091dd>

AUFWERTUNG DER IHRA DURCH DEUTSCHLAND

[] Außenminister Maas verstärkt das deutsche Engagement für die International Holocaust Remembrance Alliance IHRA. Er möchte „**dafür sorgen, dass die IHRA auf Augenhöhe mit anderen internationalen Organisationen wahrgenommen wird. Die Anerkennung als internationale Institution nach dem Gaststaatsgesetz ermöglicht dies. Und wir setzen damit auch ein Zeichen für die internationale Zusammenarbeit, die wir – sowohl bei der Erinnerung an die Schrecken der Vergangenheit als auch für die Gestaltung unserer Zukunft – unbedingt brauchen.**“ Die Bundesregierung hat im März 2021 eine Rechtsverordnung auf den Weg gebracht, mit der der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) die Rechtspersönlichkeit einer internationalen Institution verliehen wird. Damit genießt die IHRA dann die für diese Organisationsform vom Gaststaatsgesetz vorgesehenen Immunitäten und Befreiungen.

TREFFEN IN KAIRO ZUM NAHOST-FRIEDENSPROZESS

[] Nach einem gemeinsamen Treffen am 11. Januar 2021 in Kairo zum Nahostfriedensprozess riefen die Außenminister von Deutschland, Frankreich, Jordanien und Ägypten, Israel und Palästina

auf, ihre Zusammenarbeit und ihren Dialog auf der Grundlage weiterer gegenseitiger Zusagen, auch im Hinblick auf die COVID-19-Pandemie, zu vertiefen. In diesem Zusammenhang begrüßten sie den Beschluss der Palästinensischen Behörde, die Zusammenarbeit auf der Basis von Israels Bekenntnis zu früheren bilateralen Übereinkünften wiederaufzunehmen.

Ein gerechter und dauerhafter Frieden soll auf der Grundlage des Völkerrechts, der einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und der vereinbarten Parameter, wie in der Arabischen Friedensinitiative, unterstützt werden. Eine verhandelte Zweistaatenlösung soll auf der Grundlage der Grenzen vom 4. Juni 1967 basieren und der Resolution des UN-Sicherheitsrats, die die Entstehung eines unabhängigen und lebensfähigen palästinensischen Staates gewährleistet, der neben einem sicheren und anerkannten Staat Israel besteht.

Mit den Vereinten Nationen soll ein umfassender, gerechter und dauerhafter Frieden in der Region auf der Grundlage der international anerkannten Parameter leichter herbeigeführt werden.

Der Bau und die Erweiterung von Siedlungen sowie die Beschlagnahme palästinensischer Gebäude und Grundstücke verstoßen gegen das Völkerrecht und untergraben die Realisierbarkeit der Zweistaatenlösung. Das humanitäre Völkerrecht in den 1967 besetzten palästinensischen Gebieten einschließlich Ost-Jerusalems muss eingehalten werden.

Zusammensetzung, Charakter und Status der 1967 besetzten palästinensischen Gebiete einschließlich Ost-Jerusalems muss bewahrt werden. Der traditionelle und rechtliche Status quo der heiligen Stätten in Jerusalem ist aufrechtzuerhalten.

Die Friedensverträge zwischen arabischen Staaten und Israel, einschließlich der kürzlich unterzeichneten Übereinkünfte, sind ein Beitrag zur Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts auf der Grundlage der Zweistaatenlösung.

Alle Parteien einschließlich des internationalen Quartetts und seiner potenziellen internationalen Partner sollen kollektive Anstrengungen und praktische Schritte unternehmen, um glaubwürdige Verhandlungen über alle Endstatusfragen im Nahostfriedensprozess zu fördern.

Die Bemühungen um die palästinensische Aussöhnung und die Bereitschaft zu Wahlen werden begrüßt, die Bemühungen Ägyptens, die Spaltung innerhalb der Palästinenser*innen zu überwinden, unterstützt.

Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) stellt humanitäre Hilfe und grundlegende Dienste für die palästinensischen Flüchtlinge bereit. Die internationale Gemeinschaft muss ihre Zusagen gegenüber dem UNRWA erfüllen.

Zuletzt fand das mittlerweile fünfte Treffen der vier Außenminister am 11. März in Paris statt.

Palästinensischer Widerstand von Frauen

Ahed al-Tamimi und die Frauen von Jubbet al-Thi'b

Auf lokaler Ebene gibt es zahllose Beispiele, wie in Palästina auf die unterschiedlichste Art und Weise Widerstand geleistet wird, gegen die Besatzung, gegen autoritäre Unterdrückung und für ein Leben in Freiheit und Würde. Hier nur zwei Beispiele:

DIE AL-TAMIMI FAMILIE MIT AHED AL-TAMIMI, DIE EINEN ISRAELISCHEN BESATZUNGS-SOLDATEN OHRFEIGTE



Ahed al-Tamimi mit ihren Eltern

Die Bewohner*innen des Dorfes Nabi Saleh bei Ramallah leisten seit Jahren Widerstand gegen die Expansion israelischer Siedlungen in ihrer Nachbarschaft. Dieser Widerstand wird mit durchweg friedlichen Demonstrationen durchgeführt, an dem das gesamte Dorf, oft mit Unterstützung durch Menschen aus der Umgebung, auch Studierenden aus der Universität Birzeit, teilnimmt. Die israelische Armee schlägt diese Demonstrationen immer wieder mit brutaler Gewalt nieder. Ahed al-Tamimi nahm schon als Jugendliche an diesen Demonstrationen teil. Weltberühmt wurde sie durch die Schlüsselszene, die ihre Mutter filmte und auf YouTube verbreitete: Aus Wut und Entsetzen über die Verletzung ihres Cousins ohrfeigte Ahed einen israelischen Soldaten. Ahed wurde dafür gar als palästinensische Jeanne d'Arc gefeiert.

Die Ohrfeige hatte bittere Folgen für sie. Sie wurde verhaftet und verurteilt. Inzwischen studiert sie Jura an der Universität Birzeit, um später als Juristin für das Recht ihrer Mitbürger*innen zu kämpfen.

DIE FRAUEN VON JUBBET AL-THI'B:

Im Beduinen-Weiler Jubbet al-Thi'b, südöstlich von Jerusalem, kämpfen palästinensische Frauen sowohl gegen die Besatzung als auch gegen die autoritäre Politik der palästinensischen Lokalverwaltung. Sie sind außergewöhnliche Frauen mit ihrer Bereitschaft, Initiative zu ergreifen, stur ihre berechtigten Ziele zu verfolgen und, wo immer möglich, Unterstützung zu holen. Sie haben schnell gelernt, wie wichtig die Rolle der Presse ist.



Fadia al-Wahsh

FOTO // HELGA BAUMGARTEN



Solaranlage in Jubbet al-Thi'b

Alles begann 2014. Eine Gruppe von Frauen hatte schlicht genug von den unerträglichen Lebensbedingungen: kein fließendes Wasser, kein Strom, keine Straße vom Dorf zur nächsten Ortschaft, zur Schule ihrer Kinder. Entscheidend war für sie die Gesundheit der Kinder.

Die Frauen nahmen ihr Schicksal und das ihrer Kinder in ihre Hände und begannen beim Bürgermeister des Nachbardorfes eine Anbindung ihres Weilers an das Stromnetz zu fordern. Die zweite Forderung war eine akzeptable Wasserversorgung. Zuerst versuchte man, die Frauen abzuwimmeln. Aber Fadia al-Wahsh und ihre Mitstreiterinnen ließen sich nicht unterkriegen.

Durch ihre Kontakte mit den palästinensischen NGO Medical Relief Committees hatten sie ge-

lernt, wie man Unterstützung bekommen kann. Sie wandten sich an lokale wie internationale Zeitungen, Radio und Fernsehen. Außerdem erhielten sie Hilfe von zwei palästinensisch-israelischen NGOs, Bimkom und Comet-Me. Und schließlich schaltete sich die diplomatische Community ein, allen voran die niederländische Botschaft und die Regierung sowie das Parlament in Den Haag.

Der erste Erfolg war ein rudimentäres Stromnetz, gespeist von Sonnenkollektoren und Diesel. Dieses wurde Ende 2016 durch Comet-Me gebaut. Schon im Sommer 2017 konfiszierte die israelische Armee (Jubbet al-Thi'b befindet sich im C-Gebiet der West Bank, wo die israelische Armee die volle Kontrolle ausübt) die Sonnenkollektoren. Dabei hatten sie aber nicht mit den Frauen von Jubbet al-Thi'b und mit der niederländischen Politik gerechnet. Die Sonnenkollektoren waren aus den Niederlanden finanziert worden, und von dort wurde derart massiver Druck auf die israelische Regierung ausgeübt, dass die Sonnenkollektoren zurückgegeben wurden: eine einzigartige Aktion.

Inzwischen sind die Frauen im Dorf entscheidend weitergekommen. Sie haben eine Frauenorganisation gegründet und offiziell registriert. Eine Grundschule wurde im Dorf gebaut (und man hofft, dass die israelische Armee die Androhung des Abrisses nicht umsetzen wird). Eine Straße zum nächsten Dorf, in dem die größeren Kinder zur Schule gehen, wurde gebaut. Es gibt inzwischen fließendes Wasser im Dorf.

Was noch fehlt, ist der Anschluss an das Elektrizitätsnetz, denn die Sonnenkollektoren reichen nicht aus, um das ganze Dorf 24 Stunden am Tag mit Strom zu versorgen. Dabei gibt es bis dato noch Schwierigkeiten mit dem palästinensischen Elektrizitätswerk und der Militärverwaltung. Bimkom ist dabei, diese Probleme zu lösen.

Einen weiteren Erfolg konnten die Frauen für sich verbuchen: Sie entgingen der Gefahr der Korruption. Fadia al-Wahsh formuliert dies ganz klar: **„Wir akzeptieren kein Geld. Wie bitten darum, dass uns durch Arbeit, durch Bauen und durch Installierung z.B. von Sonnenkollektoren geholfen wird.“**

Helga Baumgarten, Politologin und Historikerin, unterrichtet seit vielen Jahren an der Universität Birzeit/Palästina

Frauenbefreiung nicht auf später verschieben

„Wir fordern Solidarität“ – Interview mit Fidaa Zaanin



In Palästina stehen Frauen gegen patriarchale Gewalt und Besatzung auf; tausende nahmen an den Demonstrationen im Jahr 2019 teil. Aufgrund von Corona waren in den letzten Monaten solche Proteste nicht mehr möglich. Haydar Kizilbas und Alia Ka haben sich mit Fidaa Zaanin, einer palästinensischen, sozialistischen Feministin aus Gaza, die seit einigen Jahren in Deutschland lebt, getroffen, um über die Tal3at-Bewegung der palästinensischen Frauen zu sprechen.

Am 26. September 2019 gab es in Berlin eine Kundgebung in Solidarität mit der und als Teil der Tal3at-Bewegung. Was waren die Anliegen der Protestierenden?

Fidaa Zaanin: „Tal3at“ bedeutet „auf die Straße zu gehen“, um gegen Gewalt zu protestieren, egal, welches System hinter dieser Gewalt steckt. Der Aufruf kam nach der Ermordung von Israa Ghrayeb. Sie war ein junges palästinensisches Mädchen, das in Beit Sahour, im Westjordanland, von ihrer Familie umgebracht wurde. Deswegen hat Tal3at Frauen dazu aufgerufen, auf die Straße zu gehen, um die Gewalt gegen Frauen anzuprangern und um klarzumachen, dass es keine Befreiung für das palästinensische Volk gibt, ohne die Befreiung der Frauen in Palästina. Man kann das Thema der Frauenbefreiung nicht auf später verschieben, nachdem die Befreiung des palästinensischen Volkes erreicht wurde.

Es ist ja auch nicht das erste Mal, dass palästinensische Frauen Teil der politischen Bewegung sind ...

Zaanin: Ja, klar. Sogar schon unter dem britischen Mandat in den 1930er-Jahren haben Frauen angefangen, ihre eigenen Gemeinschaften zu gründen, hauptsächlich um anderen Frauen in sozialen Fragen zu helfen. Sie haben politische Arbeit unter dem Kolonialismus gemacht. Aber danach, mit der zweiten Intifada und der Form, die der Widerstand angenommen hat, wurde die Rolle, die Frauen eingenommen haben, immer kleiner. Gerade nach dem Oslo-Abkommen, durch Mengen an Geld, das nach Palästina floss und dadurch, wie der Widerstand NGO-isiert wurde, wurden auch ihre politischen Kämpfe vereinnahmt.

Oft wurden Frauen in politischen Räumen ausgeschlossen und sogar von ihren eigenen Genossen marginalisiert. Was die Frauen sagen, ist: „Nein, ihr könnt uns nicht ausschließen, ihr könnt nicht so weitermachen, wie ihr es die letzten 70 Jahre getan habt“. Wir sagen nein, wir werden es auf unsere Art machen, und nicht auf die Art, wie ihr, die Männer, es haben wollt.



Fidaa Zaanin, palästinensische, sozialistische Feministin aus Gaza

Ist diese Bewegung eine spontane oder stehen längere Organisationsprozesse dahinter? Und was sind die Perspektiven für diese Bewegung?

Zaanin: Es ist eine ganz spontane Bewegung. Es gibt einen Anstieg der Morde an Frauen, der sogenannten Ehrenmorde, in Palästina besonders innerhalb der 1948er-Gebiete. Die Tal3at-Proteste haben ja auch in Haifa angefangen. Und wir haben auf deren Aufruf geantwortet, in Berlin, Gaza, Beirut und in den Geflüchtetenlagern.

In Deutschland wird über die Proteste geschwiegen. Warum eigentlich?

Zaanin: Zum Protest am 26. September 2019 vor dem Rathaus Neukölln war keine deutsche Presse da. Ich denke, es hatte auch etwas mit den Slogans zu tun. Weil die Frauen gesagt haben: „**Althowra did al thakaria w'al isti3maar**“, also „**Revolution gegen das Patriarchat und den Kolonialismus**“. So haben die deutschen Feminist*innen vielleicht verstanden, dass die Proteste sich nicht nur gegen palästinensische braune Männer richten, sondern auch gegen den Zionismus. Deswegen passt es vielleicht einfach nicht in die Kriterien der Deutschen. Nach dem Motto: „**Wie könnt ihr es wagen Israel zu kritisieren und nicht nur eure palästinensischen braunen Männer?**“

Ich kann mich erinnern, wie sie über den Frauenstreik in Tel Aviv berichtet haben: „**Es ist so cool, es ist so bunt ... Palästinensische Frauen gehen zusammen mit israelischen Siedlerinnen auf die Straße ...**“. Aber das ist nicht

richtig. Ich würde niemals zu einer Demonstration gehen, auf der israelische Soldatinnen stehen, nur weil sie Frauen sind. Einfach eine Frau zu sein ist für mich keine Gemeinsamkeit, es ist eine politische Frage. Ich könnte mit so einer Frau den ganzen Tag demonstrieren und am nächsten Tag kann sie an einem Checkpoint eine Waffe an meinen Kopf halten. Das sind aber nicht die Worte, die diese Leute hören wollen.

Was wären, deiner Meinung nach, die Pflichten von linken Bewegungen hier in Deutschland, um eure Kämpfe zu unterstützen?

Zaanin: Solidarität. Transnationale feministische Solidarität mit Palästina, im Kontext des Lebens unter dem Siedlerkolonialismus. Die Leute sollten unsere Sache weitertragen. Informationen weiterzugeben kann ein revolutionärer Akt sein. Damit Leute von den Protesten hören, durch palästinensische Stimmen. Das ist das Wichtigste, dass sie palästinensische Frauen sprechen hören. Und es ist wichtig zu sagen, dass Palästina nicht befreit werden kann, solange Frauen nicht befreit sind. Auch in unseren Räumen hier in Deutschland, Großbritannien und überall. Es geht darum, den Diskurs von Tal3at und den Frauen, die auf der Straße protestieren, aufzugreifen. Wir fordern Solidarität.

Die Redaktion dankt dem „The Lower Class Magazine“ in Berlin für das Interview.



Nazih Musharbash
Präsident
Deutsch-Palästinensische
Gesellschaft e.V.

Liebe Mitglieder und Interessierte,

es freut uns sehr, dass das Palästina Journal so gut angenommen und positiv bewertet wird. Die vielen Rückmeldungen ermutigen uns, in der gewohnten Qualität und der bewährten Aufmachung weiter zu arbeiten.

Die seit über 50 Jahren andauernde israelische Besatzung beeinträchtigt den Alltag in Palästina. Erschwerend kommt die Corona-Pandemie mit all ihren Auswirkungen hinzu. Politische und militärische Gewalt sowie zunehmende Arbeitslosigkeit, beeinträchtigte Wohnverhältnisse, unzureichende Gesundheitsversorgung und Armut entladen sich oft in häuslicher

Gewalt, unter der viele palästinensische Frauen leiden. Vermehrt kämpfen palästinensische Frauenrechtlerinnen für Reformen in der Gesetzgebung auf der einen und für gravierende Veränderungen im gesellschaftlichen Leben auf der anderen Seite – und sagen tradierten patriarchalen Sitten und Traditionen den Kampf an. Diese Balance zwischen Emanzipation und Tradition ist ein sensibler, wie ein notwendiger Akt. Die DPG unterstützt u.a. Projekte vor Ort auf der Basis „Hilfe zur Selbsthilfe“ und versucht Frauen und deren Familien ein besseres Einkommen zu ermöglichen.

Die Corona-Pandemie, die globale Schäden verursacht hat, erfordert die volle Aufmerksamkeit der Menschen in allen Ländern. Es scheint so zu sein, dass dadurch die Aufmerksamkeit in der Weltpolitik auf die zunehmend

schlechtere Lage in und um Palästina schwindet. Der israelische Ministerpräsident Netanjahu nutzt diese Situation schamlos und völkerrechtswidrig aus und treibt die evidente schleichende Annexion von Land sowie den Bau von illegalen kolonialen Wohneinheiten auf beschlagnahmtem palästinensischem Grund und Boden massiv voran. Joe Biden, als neuer US-Präsident, könnte einiges korrigieren, jedoch wesentliche, aus Israels Sicht wichtige Entscheidungen, kaum ändern. Und so bleibt Präsident Abbas nichts anderes übrig als die Beziehungen zu den USA wieder aufzunehmen.

Ab dem 22. Mai sollen endlich Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in ganz Palästina stattfinden. Fatah und Hamas treten als die zwei größten Parteien an und sie wollen gemeinsam die Zukunft Palästinas bestimmen. Erstaunlich ist nur, dass ein Hamas-Funktionär verlangt, dass auch die in Israel lebende palästinensische Bevölkerung an der Wahl teilnehmen soll, wissend, dass die Hamas die Errichtung des angestrebten Staates Palästina in den 1967er Gebieten am 1. Juli 2017 in Doha proklamierte. Handelt es sich hier um eine Abkehr oder um eine Falle? Ein Sonderfall bleibt das von Israel völkerrechtswidrig annektierte Ost-Jerusalem, dessen palästinensische Bürger*innen voraussichtlich wieder einmal nicht abstimmen dürfen. Insgesamt bleibt zu hoffen, dass das Ergebnis demokratischer Wahlen auch von allen Beteiligten in Palästina, wie auch von den für einen Friedensprozess einflussreichen Staaten akzeptiert wird!

NAZIH MUSHARBASH, DPG-PRÄSIDENT

AUF EIN WORT

KUNDGEBUNG ZUM INTERNATIONALEN TAG DER SOLIDARITÄT MIT PALÄSTINA IN BONN

■ Zu einer corona-konformen Palästina-Kundgebung hatten Organisationen am 29. November 2020 in Bonn aufgerufen. Im Aufruf hieß es: „Am 19. November 2020 verabschiedete die UN-Generalversammlung mit einer Mehrheit von 163 zu 5 Staaten zum wiederholten Mal eine Resolution, mit der das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, einschließlich des Rechts auf einen unabhängigen Staat Palästina betont wird. Seit 1977 begehrt die UNO den 29. November alljährlich als Tag der Internationalen Solidarität mit Palästina. Doch dies reicht nicht aus!“ Deshalb forderten die beteiligten Organisationen Deutsch-Palästinensischer Frauenverein, Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost e.V., BDS-Gruppe Bonn, Bonner Jugendbewegung, Institut für Palästinakunde Bonn e.V., Deutsch-Palästinensische Gesellschaft NRW-Süd e.V., Frauenwege Nahost, Antikriegs-AG Aufstehen Bonn: „Schluss mit den illegalen Siedlungen, der Besatzung der Westbank und der Belagerung Gazas! Abriss aller Mauern und Zäune in der Westbank und um Gaza! Vollständige Gleichberechtigung der arabisch-palästinensischen Bürger*innen Israels! Anerkennung des Rechts der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr!“



FOTO // GEORGE RASHMAWI

KEIN IMPFSTOFF FÜR PALÄSTINA?

■ Israel kommt seinen Verpflichtungen nicht nach, die Bevölkerung in Palästina mit ausreichend Impfstoff zu versorgen. Die DPG hat deshalb an Bundeskanzlerin Angela Merkel appelliert ihren „Einfluss geltend zu machen, um dafür zu sorgen, dass die palästinensische Bevölkerung in der von Israel besetzten Westbank und im faktisch ebenfalls besetzten und unter langjähriger Blockade leidenden Gazastreifen möglichst sofort in den Stand gesetzt wird, sich in der gleichen Quantität und Qualität wie die israelische Bevölkerung selbst gegen Covid-19 impfen zu lassen.“ Israel lasse zwar seine Bevölkerung im Rekordtempo gegen das Corona-Virus impfen, vernachlässige aber seine Pflichten gegenüber den Palästinenser*innen.

KEINE AHNDUNG VON KRIEGSVERBRECHEN?

■ Die Bundesregierung hat sich beim Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag dafür eingesetzt, dass dieser nicht für die Aufklärung von Kriegsverbrechen in Palästina zuständig ist. Die DPG kritisiert diese Position von Bundesaußenminister Maas scharf: Er sei „der Rechtsauffassung, dass der IStGH und seine Anklagebehörden aufgrund des Fehlens des völkerrechtlichen Elements der Staatlichkeit von Palästina nicht zuständig sei“ und nehme „billigend in Kauf, dass Kriegsverbrechen auf beiden Seiten weder untersucht noch geahndet werden sollen.“

WERDEN SIE MITGLIED IN DER
DEUTSCH-PALÄSTINENSISCHEN GESELLSCHAFT
FÜR EIN

PALÄSTINA OHNE BESATZUNG

Bitte die Beitrittserklärung ausfüllen,
unterschreiben und in einem Briefumschlag
senden an:

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.
Dr. Ribhi Yousef
Bismarckstraße 111
47057 Duisburg

Wenn Sie mit der DPG für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen im Nahen Osten eintreten und Mitglied der DPG werden wollen, dann trennen Sie diesen Abschnitt ab und senden Sie ihn ausgefüllt an die angegebene Anschrift!

Aktivitäten

DPG IN EUROPÄISCHER PALÄSTINA-KOORDINATION

Die European Coordination of Committees and Associations for Palestine (ECCP) in Brüssel wurde 1986 als Netzwerk von europäischen NGOs und internationalen Solidaritätsbewegungen gegründet, die sich dem Kampf des palästinensischen Volkes für Freiheit und Gerechtigkeit widmen.

Nachdem im Februar 2020 der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen eine Datenbank veröffentlicht hat, in der 112 Unternehmen aufgelistet sind, die Aktivitäten in illegalen israelischen Siedlungen durchführen, fand ECCP heraus, dass fünf der in der Datenbank aufgeführten Unternehmen europäische Steuergelder erhalten haben, die über Forschungs- und Innovationsprogramme geleitet wurden. ECCP führt daher eine Advocacy-Kampagne durch, um die EU-Förderrichtlinien zu aktualisieren. Jede in der Datenbank aufgeführte Firma soll vom Erhalt europäischer Fördermittel ausgeschlossen werden.

G4S ist das größte Sicherheitsunternehmen der Welt und ist beteiligt an der Ausrüstung und Ausbildung der israelischen Polizeikräfte, die von

Organisationen wie dem UN-Menschenrechtsrat oder Amnesty International wegen des systematischen Einsatzes von Folter und anderen illegalen Praktiken verurteilt werden. Im Jahr 2015 erhielt das Unternehmen einen Auftrag von der Europäischen Kommission und ist seitdem der größte Anbieter von Sicherheitsdienstleistungen für die EU und ihre Institutionen. Während die Verträge mit G4S im Jahr 2019 erneuert wurden, hat ECCP seine Kampagne intensiviert.

FRONTEX, die Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache, hat Heron-1-Militärdrohnen von IAI (Israeli Aerospace Industry) unter Vertrag genommen. Heron-Drohnen haben eine berüchtigte Geschichte des Einsatzes gegen die Palästinenser*innen, da sie die am häufigsten von den israelischen Verteidigungskräften während der Operation „Gegossenes Blei“ eingesetzten Drohnen waren, was dazu führte, dass Dutzende von Zivilist*innen durch Raketenanschläge getötet wurden. Die EU-Finanzierung für die IAI fördert inhärent Israels Fähigkeit, seine Kriegsverbrechen und schweren Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechts aufrechtzuerhalten. ECCP übt Druck auf die EU aus, um Verträge mit israelischen Militärfirmen zu verhindern.

In folgenden Fällen war ECCP erfolgreich:

Der EMSA-Drohnenvertrag mit der israelischen Rüstungsfirma Elbit wurde beendet, nachdem 10.000 Menschen die Petition „Stop Israeli Killer Drones“ unterzeichnet haben.

Beim EU-GEO-CRADLE-Projekt stellte ECCP einen Verstoß gegen die Finanzierungsrichtlinien der EU fest, die Zuschüsse für israelische Aktivitäten in den seit Juni 1967 von Israel besetzten Gebieten verbieten. Im Rahmen des GEO-CRADLE-Projekts sammelte die Universität Tel Aviv 30 % der Bodenproben von den besetzten syrischen Golanhöhen und dem besetzten Palästina.

Das Projekt LAW TRAIN ist ein gemeinsames EU-finanziertes Projekt mit dem israelischen Ministerium für öffentliche Sicherheit, der israelischen Nationalpolizei und der israelischen Bar-Ilan-Universität, das auf eine Vereinheitlichung der polizeilichen Vernehmungsmethoden abzielt. Nach starkem Druck von zivilgesellschaftlichen Gruppen zog die portugiesische Regierung 2016 die Teilnahme ihrer nationalen Polizei an dem Projekt zurück. Auch die Katholische Universität Leuven in Belgien kündigte einige Monate später ihren Ausstieg aus dem Forschungsprojekt an.

GISELA SIEBOURG, DPG-VIZEPRÄSIDENTIN

DPG-JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG UND PRÄSIDIUMSWAHLEN

Nach eingehender Beratung und Abwägung der coronabedingten Einschränkungen wird die DPG-Jahreshauptversammlung am 21. Mai 2021 ab 16:00 Uhr stattfinden, allerdings virtuell per Zoom-Schaltung und ohne die Präsidiumswahlen. Die zeitliche Verschiebung festgesetzter Wahltermine ist durch pandemiebezogene Bundesregelungen ausdrücklich erlaubt.

RAIF HUSSEIN AUF YOUTUBE

„Israel besser verstehen“ heißt die neue Sendereihe des ehemaligen DPG-Vorsitzenden Raif Hussein auf Youtube: youtu.be/BSfHYKQj2A

DPG TRAUERT UM REINER BERNSTEIN

Mit Reiner Bernsteins Tod ist „ein Leben für Frieden und die Gleichstellung von Palästinensern und Israelis“, wie es seine Ehefrau Judith formulierte, zu Ende gegangen. Der Historiker leitete die Geschäftsstelle der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, wo er 1977 wegen Differenzen um die Legitimität einer Kritik an Israel ausstieg und den Deutsch-Israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten mitgründete, arbeitete in der Erwachsenenbildung und als Studienleiter. Die DPG wird diesen aufrechten Friedenskämpfer, der vor kurzem noch seine Lebensbilanz im Buch „Allen Anfeindungen zum Trotz“ veröffentlicht hat, sehr vermissen. Dr. Reiner Bernstein ist am 18. Februar 2021 verstorben.



Vor einigen Wochen konnte die DPG Reiner Bernstein und seiner Frau Judith von der Dialoggruppe in München noch zur hohen Auszeichnung durch Präsident Abbas für ihr Engagement für den Frieden in Nahost, den Dialog und der Aussöhnung zwischen Palästinenser*innen und Israelis gratulieren. Ihre Beharrlichkeit mit der sie in Deutschland über das Schicksal der Palästinenser*innen aufklären und aufklärten ist für die DPG bewundernswert und vorbildhaft.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Anrede/Titel Nachname

Kontoinhaber

Vorname

Geldinstitut

Straße und Nr.

BIC

PLZ

IBAN

Stadt

Ort, Datum

Land

Unterschrift

Geburtsdag

Die DPG ist gemeinnützig, Spenden sind steuerlich absetzbar.

60,00 € Jahresbeitrag,

30,00 € reduzierter Beitrag auf Antrag

Konto: Sparda Bank West,

IBAN DE90 3706 0590 0000 3392 10, BIC: GENODED1SPK

E-Mail

Telefon

EINWILLIGUNG

☐ Ich habe die Datenschutzerklärung zur Kenntnis genommen und möchte Informationen von der DPG erhalten

Ort, Datum

Unterschrift

Am 25. Mai 2018 trat die neue EU-Datenschutzgrundverordnung in Kraft. Um Ihnen Informationen über unsere Aktivitäten und Veranstaltungen unseres Vereins zukommen zu lassen, speichern wir Ihre personenbezogenen Daten. Dazu zählen Name, Vorname, Adresse und E-Mail-Adresse. Eine Weitergabe an Dritte findet nicht statt. Sie können die Einwilligung jederzeit widerrufen und Ihre Daten löschen lassen.

Unsere Datenschutzerklärung finden Sie auf www.dpg-netz.de



VIRTUELLE VERANSTALTUNGSREIHE

[] Die für den Sommer 2021 geplante DPG-Jahrestagung im Koptisch-Orthodoxen Kloster in Höxter kann leider nicht durchgeführt werden, weil zu diesem Zeitpunkt Referentinnen aus der Westbank und dem Gazastreifen nicht problemlos ausreisen bzw. nach Deutschland fliegen können. Darüber hinaus hat die DPG auf die Gesundheit ihrer Teilnehmer*innen zu achten.

Das DPG-Präsidium hält aber am Thema der Jahrestagung „Rolle der palästinensischen Frau ...“ fest und bietet ab Mai 2021 eine monatliche Online-Reihe per Zoom-Schaltung an.

Rolle der palästinensischen

Frau in der Politik // mit Dr. Khoulood Daibes
31.05.2021 // 19:30–21:00 Uhr

Khoulood Daibes abu Dayyeh ist palästinensische Architektin, Denkmalpflegerin, Stadtplanerin, die ihre Studien in Deutschland abschloss. Von März 2007 bis Juli 2012 bekleidete sie die Ämter als palästinensische Ministerin für Tourismus und Altertümer sowie Ministerin für Frauenangelegenheiten. Seit dem 28. August 2013 ist Daibes als Botschafterin Palästinas in Deutschland akkreditiert.

Anmeldung 31.05@dpg-netz.de



Rolle der palästinensischen Frau in Bildung und Erziehung // mit Dr. Viola Raheb
23.06.2021 // 19:30–21:00 Uhr

Dr. Viola Raheb aus Betlehem ist eine palästinensische Friedensaktivistin. Sie studierte Theologie und Pädagogik in Heidelberg und war Schulrätin der Evangelisch-Lutherischen Schulen in Palästina. Sie lebt und arbeitet seit 2002 in Wien. Zudem ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Religionswissenschaft an der Universität Wien. Dort schloss sie 2017 ihre Promotion in Theologie ab.

Anmeldung 23.06@dpg-netz.de



Rolle der palästinensischen Frau in der Gleichstellung // mit Amal Abu Sour
26.07.2021 // 19:30–21:00 Uhr

Amal Abu Sour, Moderatorin für Gender Audits, absolvierte ihre internationalen Studien in England und den USA. Sie verfügt über 23 Jahre Erfahrung in der Arbeit mit nationalen



und internationalen NGOs in Palästina. Seit 2014 ist sie Programmdirektorin im Frauenzentrum für Rechtshilfe und Rechtsberatung in Jerusalem. Sie trug zur Entwicklung zahlreicher Berichte bei UN-Sonderverfahren bei.

Anmeldung 26.07@dpg-netz.de

Rolle und Alltag der palästinensischen

Frau in Gaza // mit Reham Owda
30.08.2021 // 19:30–21:00 Uhr

Reham Owda, freiberufliche Journalistin und Autorin, gilt als die erste weibliche politische Analystin im Gazastreifen. Sie hat zwei Masterstudien in Politik und Internationaler Zusammenarbeit in Gaza und Spanien abgeschlossen sowie ein Volontariat bei der Taz in Berlin absolviert. Ihre Publikationen befassen sich mit den Menschenrechten, Anti-Gewalt und der Friedenserziehung.

Anmeldung 30.08@dpg-netz.de



Rolle der palästinensischen Frau in Fragen der Menschenrechte und des Humanismus // mit Rima Nazzal
20.09.2021 // 19:30–21:00 Uhr

Rima Nazzal ist Mitglied des Generalverbandes Palästinensischer Frauen und berät palästinensische Kommunen in sozio-kulturellen und gesellschaftlichen Angelegenheiten. Sie ist Autorin und Journalistin und veröffentlicht Studien zur politischen Rolle der palästinensischen Frau im Bereich Frieden und Sicherheit. Die Kolumnistin schreibt über Menschenrechte und Frauenpartizipation.

Anmeldung 20.09@dpg-netz.de



Rolle der jungen palästinensischen Frau im Alltag // mit Areej Masoud
25.10.2021 // 19:30–21:00 Uhr

Areej Masoud studierte Theologie und Psychologie an der Universität Betlehem sowie Politikwissenschaft und Wirtschaft in den USA. Sie absolvierte einen Studiengang in Konfliktmanagement, politischer Ökonomie und Zivilgesellschaft. Sie hielt Vorträge in Australien, Europa und den USA über ihre Spezialgebiete und zum Kairos-Palästina-Dokument.

Anmeldung 25.10@dpg-netz.de



DPG TRAUERT UM ELLEN ROHLFS

[] Ellen Rohlf wurde 1927 in Tübingen geboren. Mit Palästina und seinen Bewohner*innen stand sie seit den 1960er Jahren in Verbindung und bereiste das Land immer wieder. In der Palästinaarbeit hat sich Ellen Rohlf als unermüdliche Übersetzerin (u.a. von Felicia Langer, Uri Avnery), Vortragende und Unterstützerin zivilgesellschaftlicher Gruppen in Palästina und Israel und als Autorin einen Namen gemacht. 1993 erhielt sie für ihre Arbeit das Bundesverdienstkreuz. Ellen Rohlf war eine aufrichtige Friedensaktivistin, eine überzeugte und überzeugende Menschenrechtlerin, die auf den erwünschten gerechten Frieden wartete, das Schicksal der entrechteten Palästinenser*innen stets im Blick hatte. Sie starb am 9. November 2020.



BERLIN

Gisela Siebourg
berlin@dpg-netz.de

NORDRHEIN-WESTFALEN (SÜD)

Dr. Martin Breidert
nrw@dpg-netz.de

KÖLN UND UMGEBUNG

Petra Schöning
koeln@dpg-netz.de

DÜSSELDORF

William Hodali
duesseldorf@dpg-netz.de

MÜNSTER UND UMGEBUNG

Ursula Mindermann und Harald Forst
muenster@dpg-netz.de

HAMBURG UND UMGEBUNG

Dr. Dieter und Eva Lehmann
hamburg@dpg-netz.de

HANNOVER

hannover@dpg-netz.de

FRANKFURT/MAIN

Khalil Toama
frankfurt@dpg-netz.de

TRIER

Hazem Shehada
trier@dpg-netz.de

OLDENBURG/ OSTFRIESLAND

Isam Elkorhaly
oldenburg@dpg-netz.de

RUHRGEBIET

Dr. Ribhi Yousef
ruhrgebiet@dpg-netz.de

OSNABRÜCK UND UMGEBUNG

Johann Weng
osnabrueck@dpg-netz.de

BREMEN

Dr. Detlef Griesche
bremen@dpg-netz.de

KASSEL

kassel@dpg-netz.de

GÖTTINGEN

Ekkehart Drost
goettingen@dpg-netz.de

Aktivitäten

SEMINAR „FREIES LAND – FREIE FRAUEN“

Seit vielen Jahren organisiert die Friedrich-Ebert-Stiftung Fortbildungsveranstaltungen für Mitglieder der Städtepartnerschaftsvereine und weitere Interessierte. 2020 wurden dabei die Frauen in Palästina in den Blick genommen. Es gibt dort eine lange Tradition des öffentlichen und sozialen Engagements von Frauen. Bereits ab 1910 wurden Wohlfahrtsorganisationen von palästinensischen Frauen gegründet, geleitet und finanziert. Im Oktober 1929 wurde während des ersten Frauenkongresses in Palästina mit mehr als 300 Teilnehmenden die Vereinigung der Arabischen Frauen in Jerusalem gegründet. Dieses Datum gilt als Beginn der palästinensischen Frauenbewegung.

Heute gibt es im Westjordanland, im Gazastreifen und in Ost-Jerusalem immer noch zahlreiche Bestimmungen, die die Frauen gegenüber den Männern rechtlich benachteiligen. Häusliche Gewalt wird als Kavaliärsdelikt betrachtet, wenn die Frau weniger als zehn Tage im Krankenhaus zubringt. Die Zeugenaussage einer Frau hat nicht das gleiche Gewicht wie die Zeugenaussage eines Mannes. Frauen können nur mit Zustimmung des Vaters mit ihrem Kind ins Ausland reisen. Als Vormund kann der Vater Geld vom Bankkonto des Kindes abheben, das die Mutter eingerichtet hat, sogar, wenn sie das Sorgerecht für das Kind hat. Aber die Mutter kann nicht dasselbe tun, wenn das Kind beim Vater lebt. Frauen können grundsätzlich nur mit Zustimmung des männlichen Vormunds heiraten, außer sie waren schon einmal verheiratet.

Die Seminarteilnehmenden diskutierten, wie Frauen in Palästina – auch durch Partnerschaftsvereine – unterstützt werden können. Anna-Maria Rufer und Ruba Ghanem von der Initiative zur Förderung der Beziehungen zwischen Nürnberg und Nablus e.V. (INNA) berichteten über Frauen-Projekte in Nablus. In

den UN-Nachhaltigkeitszielen 5 (Geschlechtergleichheit), 10 (Weniger Ungleichheiten) und 17 (Partnerschaften zur Erreichung der Ziele) der am 25. September 2015 auf dem UN-Gipfel in New York verabschiedeten Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sehen sie handlungsleitende Prinzipien, deren höchstes Ziel die Stärkung der Völkerverständigung sei. Im April 2018 besuchte eine Delegation von INNA die Frauen in Nablus. Im März 2019 lud INNA fünf Frauen aus Nablus zu einem Gegenbesuch nach Nürnberg ein. Während des Aufenthalts trafen sich die Palästinenserinnen u.a. mit der Frauenbeauftragten, dem Ansprechpartner für Männer der Stadt Nürnberg, dem Nürnberger Oberbürgermeister sowie Stadträt*innen aller Fraktionen. Sie besuchten die Frauenberatungsstelle, das Frauenhaus sowie das Gesundheitszentrum für Frauen und Mädchen in Nürnberg.

Für die Zukunft planen die Mitglieder von INNA eine Fortbildung für Frauen mit niedrigem Einkommen und in besonderen Lebenslagen. Die Initiative zu diesem Projekt kam von den Nabluser Frauen. Des Weiteren planen sie ein Projekt, das palästinensische Mädchen im Alter zwischen 10 und 15 Jahren ermutigen soll, technische Berufe zu erlernen.

Ursula Mindermann, Mitglied des Präsidiums der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft, stellte den Teilnehmenden ihr Projekt zur Vermarktung von Kaktusfeigensoße zur Unterstützung einer Frauenkooperative in Beit Ummar den Teilnehmenden vor, das sie und Fouad el Haj zusammen mit dem palästinensischen Kooperationspartner Mousa Maria durchführen. Für die Zukunft planen sie weitere Kaktusfeigenprodukte. Die Limonade ist online über www.nabalifairkost.com zu erhalten.

PETRA SCHÖNING

PALÄSTINENSER*INNEN IN DER DIASPORA

Drei renommierte Fotograf*innen (Najib Joe Hakim, Craig MacLean und Ursula Mindermann) porträtieren in der Diaspora lebende Palästinenser*innen. Ob in San Francisco, Schottland oder Deutschland lebend, ob in Palästina oder im Ausland geboren oder aufgewachsen, drücken die Porträtierten fern der Heimat ihre Sehnsucht nach und Verbundenheit mit Palästina aus. Ihre Liebe zur eigentlichen Heimat, obwohl sie in der Diaspora längst eine neue Heimat gefunden haben, durchzieht wie ein roter Faden diese einzigartige und großartige Dokumentation. Die lange physische Entfernung von der Heimat wird durch die starke Bindung an die eigene Geschichte und Kultur und durch das Festhalten an der eigenen Identität verkürzt. Die ausgewählten Personen dürften durchaus als repräsentativ für die zwangsweise in der Diaspora lebenden Palästinenser*innen gelten. Die Fotos mit Kommentaren in der ersten Person ermöglichen den Lesenden eine besondere Nähe. Bei den von Najib Hakim Fotografierten können wir mit einem Klick auf unser Telefon sogar ihre Stimmen hören. Besonders gelungen ist die Übersetzung ins Arabische und Deutsche.

NAZIH MUSHARBASH

DPG KOCHT:

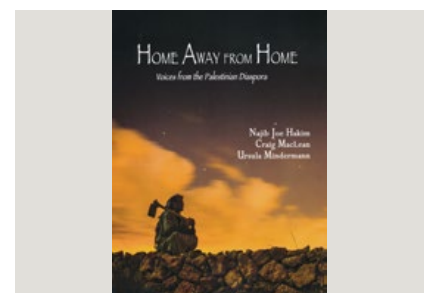
38 REZEPTE AUS PALÄSTINA

38 Kochrezepte von traditionellen palästinensischen Gerichten, die schnell und bequem nachgekocht werden können, werden in dem 80 Seiten umfassenden Büchlein liebevoll und bebildert vorgestellt. Die Zubereitungsanleitungen sind präzise und verständlich wiedergegeben. Die schwierige Frage nach der Beschaffung von exotisch klingenden Gewürzen und Kräutern wird mit der Adresse des Lieferanten beantwortet. Mit ihm hat Ursula Mindermann eine Kooperation zur Unterstützung von bäuerlichen Familien in Palästina aufgebaut. Zusammen mit ihm und der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V. hat sie dieses Kochbuch erstellt. Ursula Mindermanns Beiträge sind nicht nur die Fotografien für das Kochbuch, sondern auch die Gewürze und Kräuter aus Palästina für den deutschen Markt, damit es authentisch nach Palästina schmeckt! Die den Palästina-Reisenden bekannten palästinensischen Menüs werden neu interpretiert und kreiert. Die Vielfalt der beschriebenen, zum großen Teil veganen Gerichte wecken den Wunsch zum Reisen und vermitteln erfahrene palästinensische Gastfreundschaft und Herzlichkeit.



„So schmeckt Palästina!“ ist erhältlich bei Ursula Mindermann, mindermann@dpg-netz.de, oder über www.nabalifairkost.com.

Printausgabe: 11,90 Euro plus Versandkosten



„Home away from home“ ist erhältlich bei Ursula Mindermann, mindermann@dpg-netz.de, und unter www.nabalifairkost.com.

Printausgabe: 18,90 Euro plus Versandkosten.

e-book: ca. 7,00 Euro bei www.magcloud.com/browse/issue/1898533

Die palästinensische Position in Deutschland vermitteln

Botschafterin Dr. Khoulood Daibes abu Dayyeh



Botschafterin Dr. Khoulood Daibes hat in Hannover Architektur studiert und dort über „Erhaltungsstrategien des kulturhistorischen Architekturerbes Palästinas“ promoviert. In Bethlehem leitete sie das Institut für Denkmalpflege und Stadtplanung. Sie war Ministerin für Tourismus und Altertümer (2007–2012) sowie Frauenministerin (2007–2009). Seit 2013 ist sie Botschafterin Palästinas in Deutschland.

Die Fragen an sie stellte Wiltrud Rösch-Metzler.



Botschafterin Dr. Khoulood Daibes abu Dayyeh

Wiltrud Rösch-Metzler: Frau Botschafterin, Sie hatten bereits vor Ihrem diplomatischen Dienst mit Deutschland zu tun. Wie haben Sie Deutschland und die Menschen hier kennengelernt?

Dr. Khoulood Daibes abu Dayyeh: Mit der Kultur dieses Landes bin ich sehr früh in Berührung gekommen. Dies ist auf meine Schulzeit bis zum Abitur in Talitha-Kumi/Beit Jala zurückzuführen. Schließlich habe ich dann in Deutschland gelebt, hier studiert und auch promoviert. Die deutsche Sprache und Kultur sind mir daher sehr vertraut. Nach längerer Unterbrechung mit Tätigkeit in Palästina bin ich wieder nach Deutschland zurückgekehrt, um mein Land auf politischer Ebene zu vertreten.

Es war von Anfang an eine herausfordernde Aufgabe. Die Vertrautheit mit der deutschen Kultur und Geschichte hat mir sicherlich geholfen, die palästinensische Position zu vermitteln und unsere Sichtweise auf den Konflikt möglichst umfassend darzustellen.

Rösch-Metzler: Was hat Sie bewogen, in die palästinensische Politik einzusteigen?

Daibes: Ich habe keinen Plan verfolgt, sondern die Entwicklungen haben dies ergeben. Zunächst wählte ich einen Beruf, der nicht zu den traditionellen Zweigen für Frauen gehört. Ich bin Architektin und Denkmalpflegerin. Frauen, die sich in Palästina in die Politik begeben, müssen sich nicht nur mit den traditionellen Rollenzuschreibungen und Geschlechterklischees auseinandersetzen, sondern sie stehen aufgrund der israelischen Besatzung vor sehr realen und existentiellen Problemen. Es ist die Verantwortung meinem Land gegenüber als gut ausgebildete Frau, als Parteilose und aktive Vertreterin am positiven Auftritt Palästinas mitzuarbeiten. Unser Land braucht

Fachkräfte, die sich in ihrer Heimat in einem demokratischen Staat und für eine bessere Zukunft starkmachen sowie andere Frauen ermutigen, solche Aufgaben zu übernehmen.

Rösch-Metzler: Gab es für Sie Vorbilder oder bestimmte Personen in Palästina, die Sie ermutigt haben, in die Politik zu gehen?

Daibes: Wie bereits gesagt, hat sich diese berufliche Entwicklung für mich zufällig ergeben. Ich war sehr jung, ohne politische Erfahrung und bin Schritt für Schritt in diesen Bereich hineingewachsen. Sicherlich ist es leichter gewesen, da ich als Ministerin für Kulturerbe und Tourismus zuständig war und damit auf meine wissenschaftliche Ausbildung zurückgreifen konnte. Ich habe alles mit Herzblut gemacht und versucht, der Doppelbelastung in meinem politischen Amt und als Mutter gerecht zu werden. Heute sehen wir eine politische Partizipation von Frauen, die bereits seit mehreren Jahren stark angestiegen ist und glücklicherweise auch weiterhin ansteigt. Das motiviert natürlich andere Frauen, sich auf höhere Positionen zu bewerben und diesen Schritt zu machen. Dr. Hanan Ashrawi ist eines der bekanntesten Gesichter Palästinas – weit über unser Land hinaus.

Rösch-Metzler: Was braucht es, damit mehr Frauen in Palästina ein öffentliches Amt wahrnehmen?

Daibes: Die Tatsache, dass seit vielen Jahren immer noch über Frauengoten in Führungspositionen gesprochen wird, spiegelt die globale Realität wider. Frauen sind allzu oft unterrepräsentiert.

In Palästina sind Frauen inzwischen auf allen Ebenen vertreten. Im Palästinensischen Zentralrat sind fünf Prozent aller Mitglieder Frauen, im Nationalrat sind es elf Prozent und 14 Prozent entfallen

auf den Ministerrat. So werden die Ministerien für Tourismus, Gesundheit und Frauenangelegenheiten von Frauen geleitet. Auch auf kommunaler Ebene sind Frauen in verantwortlichen Positionen vertreten. Unter den Botschafterinnen weltweit sind insgesamt elf Prozent Frauen und die Stereotype hinsichtlich Frauen- und Männertätigkeiten längst gebrochen. Allein die Tatsache, dass Frauen immer stärker in die von Männern dominierten Berufe drängen, zeigt, dass es eine gewollte politische Veränderung ist, die andere Frauen wiederum ermutigt.

Schon vor Jahren hat die Regierung einen fachübergreifenden Genderplan und damit die Rahmenbedingungen entwickelt. Aktuellere Statistiken bestätigen, dass die Frauen auf dem Vormarsch sind. Der Anteil der Frauen, die im Zivilsektor bis Februar 2020 tätig waren, entspricht 44 Prozent der Gesamtbeschäftigten im öffentlichen Sektor. Der Palästinensische Legislativrat hat erst kürzlich die Frauenquote von bereits 20 auf 26 Prozent erhöht. Die Statistiken zeigen auch, dass die palästinensischen Frauen sehr gut ausgebildet sind und damit beste Voraussetzungen für ihre berufliche Karriere mitbringen.

Aber es gibt auch bei uns noch viel Arbeit, um Frauen zu ermutigen und ihre großen Belastungen durch Familie und Kinder, aber auch die Schwierigkeiten durch die israelische Besatzung abfedern zu helfen. Auch an der kulturellen Akzeptanz müssen wir noch weiter arbeiten. Der Kampf für die Frauenrechte benötigt eine umfassende Strategie, die beginnend mit der Schulausbildung alle gesellschaftlichen Gruppen einschließen muss.

Rösch-Metzler: Ist es als Botschafterin Palästinas in Deutschland zu sein ein Traumjob?

Daibes: Für mich war die Aufgabe von Anfang an schwierig und konfliktbeladen. Solange die israelische Besatzung andauert, wird es keine echte und nachhaltige Entwicklung geben. Der Alltag für die palästinensische Bevölkerung wird immer schwieriger. Gerade haben wir ein besonders schlimmes Jahr erleben müssen. Wir trauern um viele Opfer der Covid-19-Pandemie und noch ist sie nicht überstanden. Doch in all den Jahren gab es auch viele schöne Momente, wie Begegnungen und Gespräche, Erfahrungen und Möglichkeiten, die ich nicht missen möchte. Sie bereichern meine Arbeit und geben mir die Kraft, diese Aufgabe für mein Land Palästina fortzuführen und eine bessere Zukunft meiner Kinder mitzugestalten.

Rösch-Metzler: Frau Botschafterin, vielen Dank für dieses Interview.

„Normalisierung mit Israel bedeutet Normalisierung der Besatzung, Normalisierung von Rechtlosigkeit“

Hanan Ashrawi will Impuls für Veränderungen und Reformen geben

“



Die Politikerin Dr. Hanan Ashrawi wurde 1946 in Nablus geboren. Sie studierte in Beirut und in den USA und war von 1974 bis 1995 Professorin für Anglistik an der Bir Zeit Universität. Hanan Ashrawi ist Mitglied des Palästinensischen Legislativrats (Parlament) und Menschenrechtsaktivistin. 2001 wurde sie zur Sprecherin der Arabischen Liga mit dem Schwerpunkt auf Palästinafragen ernannt, 2002 war sie Unterzeichnende der al-Quds-Erklärung, die zu einem Ende der Selbstmordattentate aufrief. Im Dezember 2020 trat sie als Mitglied im PLO-Exekutivrat zurück. In einem Video-Interview antwortete sie auf Fragen von Nazih Musharbash.

Nazih Musharbash: Sie haben sich aus der aktiven Politik zurückgezogen. Welche Bilanz ziehen Sie?

Hanan Ashrawi: Ich habe die politische Arena nicht verlassen, weil ich es vorziehe, auf mich allein gestellt bzw. mit der Zivilgesellschaft zu arbeiten, ohne die Einschränkungen, die eine offizielle Position mit sich bringt. Ich habe mich dazu entschlossen, weil die PLO geschwächt ist und die Entscheidungsfindung in den Händen weniger konzentriert ist. Es ist also ein Rücktritt mit einem klaren Ziel, er soll auch ein Signal senden, dass wir Platz für die jungen Männer und Frauen machen müssen und dass wir unser gesamtes politisches System reformieren müssen, beginnend mit der PLO. Aber ich diene weiterhin aktiv der palästinensischen Sache und ich bin weiterhin aktiv in meinen internationalen Kontakten. Ich stelle mich also nicht außerhalb des nationalen Systems.

Musharash: Nur eine Frage, Eure Exzellenz: Ich war Mitglied des Landtags in Hannover. Es ist ein

Unterschied, ob man innerhalb des Systems arbeitet oder außerhalb.

Ashrawi: Ja, aber wenn das System ein geschlossenes wird, wenn die Institutionen der PLO nicht respektiert werden – wenn man nur dem Titel nach Anteil daran hat, dann legt man sein wahres Gewicht nicht in die Waagschale, dann bewegt man nichts. Ich glaube, ich sollte ehrlich mit mir und anderen sein und sagen: Das war's. Wir müssen die Institutionen und unsere Wege der Entscheidungsfindung respektieren. Wir können nicht nur ein Deckmantel dafür sein, um den Eindruck zu erwecken, wir hätten ein aktives demokratisches System. Deswegen bin ich also zurückgetreten und ich wollte auch die Präzedenz schaffen, dass Leute überhaupt zurücktreten können, dass man seinen Platz für andere räumen kann. Und ich habe Wahlen gefordert. Ich dachte, das würde wirklich zu Wahlen führen. Es gab also mehrere Gründe, teils, weil ich mit der Rolle unzufrieden bin, mit der geschwächten PLO, und teils, weil ich einen Impuls für Veränderungen und Reformen geben wollte.

Musharbash: Wir halten jedes Jahr eine Konferenz über Palästina ab und dieses Jahr sprechen wir über die Rolle der palästinensischen Frau. Wir haben zu dem Thema sechs Frauen eingeladen. Leider treffen wir sie dieses Jahr nur virtuell. Denken Sie daran, junge Frauen dabei zu unterstützen, dort zu übernehmen, wo Sie Erfolg hatten?

Ashrawi: Ich habe immer versucht, jüngere Leute und besonders junge Frauen zu unterstützen und auszubilden. Wo immer ich war, war ich Mentorin für mehrere Praktikantinnen, sogar in der PLO oder in Einrichtungen der Zivilgesellschaft. Und wir haben hier bei MIFTAH (Palästinensische Initiative zur Förderung des globalen Dialogs und der Demokratie) ein ganzes Netzwerk von weiblichen Führungspersönlichkeiten, mit denen wir arbeiten. Und ich glaube, dass wir in der jüngeren Generation eine erstaunliche, eine tolle Gruppe junger Frauen haben, die mutig sind, die stark sind, die gut ausgebildet sind, die sehr fortschrittlich und sehr beeindruckend sind. Und ich glaube, sie sollten die Chance bekommen, Entscheidungspositionen in allen Bereichen des palästinensischen Lebens einzunehmen.

Palästinensische Frauen waren immer stark, tatkräftig und involviert, seit den 1890er Jahren, als sie gegen die osmanische Besatzung rebelliert haben. Und dann waren Frauen wieder aktiv im Widerstand gegen die britische Mandatsmacht und aktiv darin, die Gesellschaft zu organisieren und so weiter.

Erst 1948 gab es diesen totalen Zusammenbruch des Lebens in Palästina. Die Hälfte der Bevölkerung waren Flüchtlinge oder im Exil und die anderen lebten unter der Besatzung und unter der Kontrolle Israels. Also gab es eine wirkliche Erschütterung des Lebens, die Auswirkungen auf alle Aspekte sozialer Gerechtigkeit, auf Frauenrechte und so weiter hatte. Aber wir Frauen haben niemals aufgegeben. Angesichts der Tatsache, dass wir eine traditionelle, männerdominierte, patriarchalische Gesellschaft haben, waren unsere Frauen immer standhaft im Angesicht von Diskriminierung, Marginalisierung und Exklusion. Und sie haben Forderungen gestellt – wir haben starke Frauenorganisationen, wir haben zivilgesellschaftliche Gruppen und diese haben sich immer gegen Ausschluss und Diskriminierung gewehrt. Natürlich wissen wir, dass zwischen Männern und Frauen keine Wettbewerbsgleichheit herrscht. Daher brauchen wir gezielte Frauenförderung, positives Engagement, um die gleichen Ausgangsbedingungen herzustellen, damit Frauen wenigstens die gleichen Chancen haben, besonders bei Wahlen.

Musharbash: Ihre Erfahrungen und was Sie für Ihr Volk getan haben sind natürlich beträchtlich.

Ashrawi: Danke.

Musharbash: Das ist weltweit bekannt. Wenn Sie also diese Erfahrungen an jüngere Frauen weitergeben, wäre das großartig. Ihre Analyse der Situation war sehr überzeugend. In den Medien stand, Sie hätten den Gouverneur der Vereinigten Arabischen Emirate mit einer eindeutigen Kritik angeschrieben. Hat er geantwortet?

Ashrawi: Nein.

Musharbash: Was uns nun auffällt und was wir lesen, ist, dass die Golfstaaten und andere, sogar Marokko, von der Trump-Regierung unter Druck gesetzt wurden, vornehmlich, um als Verbündete gegen Iran zu fungieren. Aber wenn wir uns die arabische Welt ansehen, dann stehen die Palästinenser*innen wieder alleine da.

Ashrawi: Das ist wahr. Trump hat Rivalitäten ausgenutzt und Erpressung eingesetzt. Druck und Belohnungen, um die arabische Welt dazu zu bringen, sich Israel zu beugen. Normalisierung mit Israel bedeutet Normalisierung der Besatzung, Normalisierung von Rechtlosigkeit. Sie gehen eine Partnerschaft mit einem Staat ein, der das palästinensische Volk unterdrückt, mit einem im Grunde genommen rassistischen System, das Araber, Muslime, diskriminiert, und das natürlich gegen-



Interview mit Dr. Ashrawi 2021

über den Palästinensern sowohl unter der Besatzung als auch außerhalb ein sehr ungerechtes System ist. Um dies zu tun, mussten die Emirate und andere zunächst mit dem Konsens der arabischen Staaten brechen, besonders mit der Arabischen Friedensinitiative API. Sie haben gegen ihre Verpflichtungen verstoßen, denn die Arabische Friedensinitiative setzt einen kompletten Rückzug aus allen besetzten Gebieten voraus, bevor es zu irgendeiner Form der Anerkennung oder Normalisierung kommen kann. Sie haben auch gegen viele, viele Resolutionen der Arabischen Liga verstoßen. Sie haben einen Bruch verursacht zwischen den arabischen Staaten und ebenso innerhalb dieser Staaten zwischen Bevölkerung und Führung, denn die Regime haben in vielerlei Hinsicht gegen den Willen der Bevölkerung gehandelt. Und dies ist ein destabilisierendes Element, denn wir erhalten viele Nachrichten und dergleichen, die ausdrücken, dass die öffentliche Meinung dies nicht akzeptiert hat. Das ist sehr wirkmächtig.

Musharbash: Eine letzte Frage: Bald werden Wahlen abgehalten –

Ashrawi: Hoffentlich.

Musharbash: Sind Sie optimistisch? Und was wäre die Reaktion gewisser Staaten, wenn das Resultat der Wahlen nicht so ausfällt, wie es ihrer Meinung nach sein sollte?

Ashrawi: Sie meinen, falls Hamas die Mehrheit bekommt?

Das ist doch schon passiert, 2006, erinnern Sie sich? Weil Hamas mehr Sitze erhielt als die anderen, wurden die Palästinenser sanktioniert. Sie haben jegliche Unterstützung für Palästina gestoppt, sie haben jeden Kontakt abgebrochen. Und für uns war das erstaunlich, diese Doppelmoral. Sie haben auf Wahlen gedrungen, gesagt, ihr müsst demokratisch sein, zumindest solange ihr die Leute wählt, die wir mögen. Das ist doch überhaupt keine Demokratie. Israel jedenfalls, das seit Jahrzehnten internationales Recht und internationale Menschenrechte bricht, wurde nie sanktioniert, nie zur Verantwortung gezogen. Aber die Palästinenser wurden sanktioniert – nicht, weil sie gegen irgendein Gesetz verstoßen hätten, sondern weil sie Wahlen abgehalten haben. Da wurde wieder einmal die Verlogenheit der internationalen Ge-

meinschaft sichtbar und ihre Doppelmoral, wenn es um Israel geht. Sehen Sie – Wahlen abzuhalten ist schwierig, weil wir unter der Besatzung leben, weil Israel sie behindert. Denn Israel kann jeden verhaften, jeden von uns, und das hat es ja auch schon getan. Israel kann Checkpoints errichten, Israel kann Wahllokale von der Armee umstellen lassen, von der Polizei, und Menschen einschüchtern. Als wir 1995/96 zur Wahl standen, wurde ich in Gewahrsam genommen, ich wurde verprügelt, sie haben meine Poster und Wahlkampfzettel und alles andere konfisziert. Sie können also einschreiten und Wahlen in Jerusalem verhindern, und sie können uns darin behindern, unsere Wahlkreise, unsere Wählerschaft zu erreichen, das wissen wir ja. Wir wissen, dass die Besatzung ein unnormaler Zustand ist, der direkten Einfluss auf das Abhalten von Wahlen haben wird. Deshalb haben wir die internationale Gemeinschaft gebeten sich einzumischen, sie sind ja schließlich diejenigen, die auf Wahlen gedrängt haben.

Aber dann muss sichergestellt werden, dass Israel keinen negativen Einfluss ausübt, dass es Wahlen in Jerusalem, Bewegungsfreiheit, freien Zugang und so weiter erlaubt. Dies sicherzustellen ist die Aufgabe der internationalen Gemeinschaft, die Wahlbeobachter senden will. Okay, aber die sollen nicht nur zu den Wahllokalen gehen. Man muss erst den Boden bereiten und sicherstellen, dass Israel den Wahlprozess nicht behindert. Darüber hinaus haben wir schwierige interne Gegebenheiten. Wir haben einen Bruch zwischen Fatah und Hamas, Hamas hat die Macht in Gaza. Wir haben zwei Sicherheitssysteme – wer soll die Sicherheit der Wahllokale garantieren? Wir haben zwei Rechtssysteme, zwei Justizwesen, das ist alles sehr ernst. Und dann gibt es auch noch das Problem: Wer soll wie gewählt werden? Viele sprechen sich für eine einzige nationale Liste aus, so dass alle zusammen aufgestellt werden sollen, aber das sind doch keine Wahlen.

Man hat also eine gigantische Liste mit allen Bewegungen und Parteien und vielleicht ein paar unabhängige Listen, die gar keine Chance haben. Dies enthält den Leuten ihr Recht vor, sich zu entscheiden. Man muss sich entscheiden können. Es gibt also viele Komplikationen. Da ist auch noch das Wahlrecht, das überarbeitet werden muss. Wir setzen uns dafür ein, das Mindestalter für

Nominierungen auf 21 Jahre zu senken, einige Leute ziehen 23 vor. Jetzt liegt es bei 28 Jahren. Das Mindestalter für den Präsidenten liegt derzeit bei 40 Jahren, wir fragen warum und wollen es auf 30 Jahre senken. Dies muss geändert werden. Dann geht es um die Voraussetzungen für die Nominierung. Wenn jemand zur Wahl antreten will, so muss er oder sie von seiner/ihrer Stellung zurücktreten und einen Brief vorweisen, in dem die Annahme dieses Rücktritts bestätigt wird. All dies sind Erschwernisse, die Leute davon abhalten, sich zur Wahl aufstellen zu lassen. Akademiker oder Staatsbedienstete und so weiter werden nicht antreten, wenn sie dafür ihre Arbeit aufgeben müssen. Wir sagen: Lasst sie zur Wahl antreten und zurücktreten, falls sie gewinnen. Aber man kann doch Leute nicht im Voraus zurücktreten lassen. Also gibt es viele Komplikationen.

Musharbash: Ja, es gibt viele Schwierigkeiten. Auf der internationalen Ebene hat der Internationale Strafgerichtshof signalisiert, dass Kriegsverbrechen verfolgt werden können, das ist natürlich eine gute Nachricht für alle.

Ashrawi: Ja, daran haben wir lange gearbeitet. Auf Antrag der Chefanklägerin Fatou Bensouda hat die Vorverfahrenskammer des Internationalen Strafgerichtshofs entschieden, dass Palästina, das palästinensische Territorium nach den Grenzen von 1967 – Westjordanland, Jerusalem und Gaza –, in den Zuständigkeitsbereich des Internationalen Gerichtshofs fällt. Und deshalb kann eine offizielle Untersuchung von Kriegsverbrechen, die dort verübt wurden, gestartet werden. Und das ist eine wirkliche Öffnung, auch wenn zurzeit die USA und Israel versuchen, die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs zu untergraben. Sie haben versucht zu sagen, wir seien kein Staat, obwohl die UN uns als Staat anerkannt hat. Dann haben sie versucht zu sagen, wir hätten nicht das Recht, uns an das Gericht zu wenden und so weiter, und es gab alle Arten von Druck und Erpressung, aber nun hat dieser Vorgang begonnen, und wir hoffen, dass es schnell geht. Wir hoffen, dass die Menschen, die sich Kriegsverbrechen schuldig gemacht haben, zur Verantwortung gezogen werden. Wir hoffen aber auch, dass dies als vorbeugende Maßnahme funktioniert, um weitere Brüche des internationalen Rechts und weitere Kriegsverbrechen zu verhindern, da jetzt bekannt ist, dass wir – endlich – Zugang zum Internationalen Gerichtshof und zum Rom-Statut haben.

Musharbash:
Vielen lieben Dank.

TRANSKRIPTION UND
ÜBERSETZUNG JANNA WENG

INTERVIEW VOM 24. FEBRUAR 2021 – ALS VIDEO-INTERVIEW
MIT DEUTSCHEN UNTERTITELN AUF DER DPG-WEBSEITE



Khalida Jarrar schreibt aus der Haft

Lesen und Bildung in eine „kulturelle Revolution“ umwandeln

Khalida Jarrar schmuggelte folgenden Brief (hier gek.) für die Konferenz „Palästina schreibt“ im Oktober 2020 aus dem Gefängnis.

Aus dem israelischen Damon-Gefängnis auf dem Carmel-Berg in Haifa sende ich Euch meine Grüße und auch die meiner 40 mitgefangenen palästinensischen Freiheitskämpferinnen, die derzeit in israelischen Gefängnissen einsitzen. Ich grüße insbesondere die Teilnehmer*innen der Abschlussrunde dieser Konferenz, die Genossin Angela Davis, die Kollegin und Freundin Hanan Ashrawi, Richard Falk, meine geliebte Susan Abulhawa sowie Bill V. Mullen. Als Beitrag zu dieser Konferenz möchten wir Euch über unsere Erfahrungen mit Literatur und Kultur in israelischen Gefängnissen berichten.

Das wichtigste Element in diesem Zusammenhang sind Bücher – sie spielen im Gefängnisleben eine lebenswichtige Rolle. Sie tragen entscheidend zum psychologischen und moralischen Gleichgewicht der Freiheitskämpferinnen bei, die ihre Gefangenschaft als Teil des umfassenden Widerstands gegen die koloniale Besatzung Palästinas verstehen. Bücher spielen auch eine Rolle, um den Durchhaltewillen jeder Einzelnen in der Auseinandersetzung mit den Gefängnisbehörden zu stärken. Mit anderen Worten: Dieser Kampf ist eine ständige Herausforderung für die palästinensischen Gefangenen, da die Gefängniswärter*innen unser Menschsein brechen und uns von der Außenwelt isolieren wollen. Die Herausforderung für uns Gefangene besteht darin, die Haft durch Lesen, Bildung und Diskussion des Leseoffs in eine „kulturelle Revolution“ umzuwandeln.

Palästinensische politische Gefangene stoßen auf vielfache Hindernisse, um an Bücher zu kommen. Es ist beispielsweise so, dass Bücher, die von Familienangehörigen gebracht werden, uns manches Mal nicht erreichen, entweder, weil sie lange und intensiv geprüft oder gänzlich konfisziert werden. Theoretisch ist es jeder weiblichen Gefangenen erlaubt, zwei Bücher pro Monat zu empfangen. Diese Bücher durchlaufen allerdings eine „Prüfung“, auf Grund derer sie oftmals von der Gefängnisverwaltung unter dem Vorwand zurückgewiesen werden, dass sie „aufstachelnd“ seien. Gefangenen Bücher vorzuhalten wird außerdem als Strafmaßnahme angewandt, die zwei bis drei Monate anhalten kann, wie ich es 2017 selbst erfahren habe. Die bescheidene Gefängnisbücherei ist ebenfalls dauernden Inspektionen durch die Gefängniswärter*innen unterworfen, um Bücher zu beschlagnahmen, die möglicherweise ohne ihr Wissen hereingebracht wurden. Dies hat Gefangene dazu gebracht, mit allen möglichen kreativen Maßnahmen gewisse Bücher vor ihrem Zugriff zu schützen. Zu verhindern, dass Bücher vom Gefängnispersonal beschlagnahmt werden, ist

folglich eine der wichtigsten Aufgaben für die Gefangenen. Eingedenk dessen haben es palästinensische inhaftierte Frauen geschafft, sich eine Reihe von bedeutenden Büchern zu beschaffen, trotz der scharfen Restriktionen. So gelang es beispielsweise, neben einigen philosophischen und historischen Werken, Zugang zu vielen Büchern von Ghassan Kanafani, Ibrahim Nasrallah und Susan Abulhawa zu bekommen und diese zu studieren. Maxim Gorkis Novelle *Die Mutter* wurde zu einem wichtigen Trost für gefangene Frauen, die der mütterlichen Zuneigung beraubt sind. Die Werke von Domitila Chún-gara, Abdalrachman Munif, Al-Taher Wattar, Ahlam Mustaghanmi, Mahmoud Darwish, Elif Shafaks *„Die 40 Regeln der Liebe“*, *„Die Elenden“* von Victor Hugo, Nawal El Saadawi, Sahar Khalifeh, Edward Said, Angela Davis und Albert Camus zählen zu den beliebtesten, die die Schranken überwinden und erfolgreich eingeschmuggelt werden konnten. Bücher allerdings wie *„Reportage unter dem Strang“* von Julius Fucik oder Antonio Gramscis *„Gefängnisbriefe“* schafften es nicht, die Zensur und Restriktionen der Gefängniswärter*innen zu überwinden. Übrigens wurde bisher kein einziges von Gramscis Büchern zugelassen, was wohl darauf zurückzuführen ist, dass die Besatzungsbehörden Gramsci sehr feindlich gesonnen sind. Selbst Bücher, die weltweit in Buchläden angeboten werden, unterliegen der Zensur und Beschlagnahme in den Gefängnissen der israelischen Besatzung. Wenn wir versuchen, sie zu bekommen, werden also eure Bücher gewissermaßen genauso gefangengenommen wie unsere Leute hier.

Zu den erfreulichen Seiten unseres Lebens gehört es, dass Bücher, die von Gefangenen selbst geschrieben wurden, eine gewisse Verbreitung gefunden haben. Eines dieser Bücher erzählt von den Haftbedingungen und Verhörmethoden in den israelischen Gefängnissen unter dem Titel *„Du bist nicht allein“*. Israelische Gefängnisbehörden wenden tagtäglich die verschiedensten Unterdrückungsmaßnahmen an, dazu gehört auch Isolationshaft. Sie behindern immer wieder Familienbesuche, verhindern den Zugang zu kulturellen und literarischen Büchern und haben Erziehungsliteratur vollständig tabuisiert. Sie verbieten auch das Singen in jeder Form, das betrifft also revolutionäre und einfache Lieder gleichermaßen. Des Weiteren wird uns nicht mehr als ein Radioapparat gestattet. Das Radio ist für uns Gefangene eine wichtige Informationsquelle, die uns mit der Außenwelt verbindet und uns Weltnachrichten liefert. Sogar mehr als das: Es ist ein wichtiges Mittel, das uns mit unseren Familien und Freund*innen verbindet, indem diese uns Bot-



Khalida Jarrar ist Feministin, Menschenrechtsaktivistin und Mitglied des palästinensischen Legislativrats. Sie lebt in Ramallah, wird aber seit Juli 2015 immer wieder von Israel in „Verwaltungshaft“ gehalten.

schaften über die verschiedenen palästinensischen Radiosender zukommen lassen. Die israelischen Gefängnisbehörden verbieten auch jegliche Zusammenkunft oder Gemeinschaft der Gefangenen. Sie bestrafen andauernd weibliche Gefangene, indem sie Bedarfsgüter einschränken, die in der „Kantine“ gekauft werden können, dem einzig verfügbaren „Laden“. Die Gefangenen werden ständig durch Überwachungskameras kontrolliert, die sich an jeder Ecke des Gefängnisses befinden, einschließlich des Gefängnishofs. Auf diesem Hof können die weiblichen Gefangenen an fünf wechselnden Stunden täglich außerhalb ihrer Zellen und vergitterten Fenster die Sonne genießen. Unsere Zellen werden auch zu jeder Tages- und Nachtzeit einer rigorosen und provokativen Inspektion unterzogen, um irgendein Blatt beschriebenes Papier aufzuspüren. Ihr könnt euch vorstellen, wie schwierig es für mich war, euch diesen Brief zukommen zu lassen. Unser Befreiungskampf beginnt mit dem Schutz von Widerstandsliteratur. Wir haben jetzt damit begonnen, für die erste Runde von Frauen eine universitäre Ausbildung zu organisieren, es ist der zweite Schritt in unserem Kampf um das Recht auf Ausbildung. Wenn uns das gelingt, so wäre es das erste Mal in der Geschichte, dass palästinensische inhaftierte Frauen, vor allem die mit langen Haftstrafen, einen universitären Bildungsgrad erwerben können. Wir sind dabei, das Gefängnis in eine Schule der Kultur zu verwandeln, wo die Gefangenen aus den Erfahrungen anderer lernen können und wo wir den Versuchen der Besatzung, uns vom Rest der Welt zu isolieren, etwas entgegensetzen.

Ich will noch besonders hervorheben, welchen hohen Preis der Gefangene Waleed Daqa zahlen musste, und zwar dafür, dass es ihm gelang, seine Novelle aus dem Gefängnis zu schmuggeln und zu publizieren. Er wurde in Isolationshaft gesteckt. Es handelt sich um eine weitere Herausforderung, der wir uns im Rahmen der „beiden Willen“ stellen müssen – dem Willen der Freiheitskämpfer*innen und dem der Kolonisten, wie es von Domitila Chún-gara in ihrer Schrift *„Lasst mich reden!“* formuliert wurde. Auch wir, die palästinensischen Frauengefangenen, rufen Euch zu: „Lasst uns reden ... lasst uns träumen ... lasst uns frei sein!“

KHALIDA JARRAR, POLITISCHE GEFANGENE IM ISRAELISCHEN DAMON-GEFÄNGNIS
ÜBERSETZUNG: HERMANN DIERKES

Palästina weiterhin ohne echte Rechtsreform für Frauen

Interview mit Amal Abu Srou



Amal Abu Srou studierte Politik und Internationale Studien an der Universität von Leeds/UK und öffentliche Verwaltung an der Universität von North Carolina in Chapel Hill/USA. Seit 2014 ist sie Programmdirektorin im Frauenzentrum für Rechtshilfe und Rechtsberatung (WCLAC) in Palästina. Nazih Musharbash hat sie für das Palästina Journal interviewt.

Nazih Musharbash: Frau Abu Srou, welche Rechte haben Frauen in Palästina?

Amal Abu Srou: Das palästinensische Grundgesetz räumt palästinensischen Frauen und Männern das Recht auf Bildung, Gesundheit, Arbeit, politische Partizipation und Meinungsäußerung gleichermaßen ein. Frauen machen mehr als 50% der Universitätsstudierenden in Palästina aus und repräsentieren mehr als 42% der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

Musharbash: Und wie sieht es real aus?

Amal Srou: Diese Statistiken können irreführend sein, denn palästinensische Frauen leiden immer noch unter geschlechtsspezifischer Diskriminierung. Das patriarchale System ist vorherrschend, was Männern Vorteile gegenüber Frauen verschafft. Dies wirkt sich direkt auf bestehende Gesetze und Bestimmungen aus, die die patriarchale Mentalität der palästinensischen Gesetzgeber repräsentieren. Darüber hinaus sind die in Palästina geltenden Gesetze und Bestimmungen veraltet.

Im Westjordanland sind die jordanischen Gesetze noch in Kraft, die ägyptischen Gesetze gelten im Gazastreifen, Jerusalem folgt einer Mischung aus jordanischen und israelischen Gesetzen. Trotz des Beitritts Palästinas zu mehr als 20 UN-Konventionen im Jahr 2014 wurde keine echte Rechtsreform durchgeführt. Dies ist auf mangelnden politischen Willen und den dysfunktionalen Status des palästinensischen Legislativrates seit 2006 zurückzuführen.

Musharbash: Welche wichtigen Gesetze gibt es, um die Position von Frauen und die Gleichstellung zu stärken?

Amal Srou: Das palästinensische Grundgesetz und die Unabhängigkeitserklärung betonen Gleichheit, Gerechtigkeit und soziale Gleichberechtigung. Dies trug zur Schaffung demokratischer Werte in der palästinensischen Gesellschaft bei. Frauen haben wie Männer das Recht zu wählen und zu kandidieren. Die 20%-Frauenquote unterstützte Frauen dabei, bedeutende Positionen in den Kommunal- und Gemeinderäten zu übernehmen. Der Nationalrat beschloss eine 30%-ige Frauenquote. Palästinensische Frauen und feministische Organisationen fordern eine Mindestquote von 50%.

Musharbash: Palästina hat viele internationale Vereinbarungen unterzeichnet. Wie wirken sie sich auf die Rolle der Frau in Palästina aus?

Amal Srou: Besonders wichtig war der vorbehaltlose Beitritt zur Konvention zur Beseitigung aller Formen von Gewalt gegen Frauen (Convention of Eliminating All Forms of Violence Against Women, CEDAW), was in einer Region, die viele Vorbehalte gegenüber Menschenrechtsverträgen hat, bemerkenswert ist. Dies bedeutet, dass Palästina die in diesen Verträgen enthaltenen internationalen Menschenrechtsstandards einhalten und mit den assoziierten Menschenrechtsvertragsgremien, die deren Umsetzung überwachen, zusammenarbeiten sollte. Es wurde jedoch wenig unternommen, begrenzt wurden Gesetze geändert, um den Konventionen und Verträgen zu entsprechen.

Musharbash: Werden Mädchen wie in vielen arabischen und islamischen Staaten noch minderjährig verheiratet?

Amal Srou: 2019 wurde ein Präsidialdekret erlassen, in dem das Heiratsalter für beide Geschlechter auf 18 Jahre festgelegt wurde. Der Oberste Richter sollte aber über bestimmte Ausnahmen entscheiden können. Frauenorganisationen waren gegen eine solche Ausnahmeregelung. Sie

befürchteten, dass Ausnahmen zur Regel werden und mehr Mädchen unter 18 Jahren heiraten werden. WCLAC und andere Frauenorganisationen fordern daher die Erhöhung des Heiratsalters ohne Ausnahmen zuzulassen.

Musharbash: Was muss noch getan werden?

Amal Srou: Es braucht Rechtsreformen im Strafgesetzbuch. Trotz Änderungen des Strafgesetzbuchs durch Präsidialdekrete, die auf dem Grundgesetz beruhen, diskriminieren einige Bestimmungen Frauen aufgrund ihres Geschlechts. WCLAC und andere Frauen- und Menschenrechtsorganisationen haben es 2018 erfolgreich geschafft, nach einer nationalen Kampagne an Regierung und Präsident, dass Artikel 308 aus dem jordanischen Strafgesetzbuch Nr. 16 von 1960 abgeschafft wurde.

Musharbash: Um was ging es da?

Amal Srou: Täter von 13 Arten von Sexualverbrechen waren im Falle einer gültigen Ehe zwischen dem Angreifer und dem Opfer von der Verfolgung befreit. Weitere Änderungen am Strafgesetzbuch wurden vorgenommen. Ehrverbrechen gegen Frauen wurden von der bisher üblichen Berücksichtigung mildernder Umstände ausgeschlossen. Ein weiterer großer Erfolg wurde im Jahr 2020 erzielt: Das Kabinett räumte Frauen das Recht ein, Pässe für ihre Kinder zu beantragen, Bankkonten für sie zu eröffnen und sie an Schulen anzumelden, ohne dass ein männlicher Vormund dem zustimmen muss. Dies war ein großer Sieg, da wir seit mehr als 18 Jahren an diesem Thema arbeiten.

Musharbash: Was sind Formen von Gewalt gegen Frauen in Palästina?

Amal Srou: Palästinensische Frauen leiden unter vielschichtiger Diskriminierung und Unterdrückung. Darüber hinaus verschärft die israelische Besatzung das Leiden der und die Gewalt gegen Frauen.

Das palästinensische Statistikbüro hat 2019 erfasst, dass 29% (38% in Gaza und 24% im Westjordanland) der gegenwärtig oder jemals verheirateten Frauen mindestens einmal eine Form von Gewalt wie sexuelle, physische, psychische, soziale oder wirtschaftliche durch ihren Ehemann erlebt haben. 57% (64% in Gaza und 52% im Westjordanland) der derzeit verheirateten oder jemals verheirateten Frauen hatten mindestens einmal psychosoziale Gewalt durch ihren Ehemann erfahren. Darüber hinaus erlebten 9% (11% im Gazastreifen und 8% im Westjordanland) der

verheirateten Frauen sexuelle Gewalt durch ihren Ehemann.

Der Femizid (Tötung von Frauen und Mädchen aufgrund ihres Geschlechts) erreichte im Jahr 2020 aufgrund verschiedener Formen von Stress, die mit den Auswirkungen von COVID-19 verbunden sind, ebenfalls einen alarmierenden Wert. Im Jahr 2020 wurden insgesamt 37 Frauen getötet, verglichen mit 24 im Jahr 2019.

Musharbash: *Frauen müssen aber auch oft ihre Familien versorgen, oder?*

Abu Srou: Die Wirtschaft im Westjordanland verlangsamte sich 2019 weiter, und das reale Bruttoinlandsprodukt-Wachstum ging im ersten Quartal um 2,1% zurück. 19% der Erwerbsbevölkerung im Westjordanland sind arbeitslos im Vergleich zu 52% im Gazastreifen. Die geschlechtsspezifischen und die Lohnunterschiede blieben hoch, die Arbeitslosenquote ist bei Frauen 26% gegenüber 14% bei Männern.

Trotz einer erhöhten Erwerbsbeteiligung von Frauen im Westjordanland von 19% im Jahr 2017 auf 21% im Jahr 2018 ging diese Quote im ersten Quartal des Kalenderjahres 2019 erneut auf 18% zurück.



Palästina gehört zu den 56 Ländern, die in Bezug auf die diskriminierenden Gesetze, denen Frauen in jeder Phase ihres Berufslebens ausgesetzt sind, keine Änderungen vorgenommen haben.

Musharbash: *... hinzukommen noch die erdrückenden Verhältnisse in der Besatzung ...*

Abu Srou: Fast dreizehn Jahre israelische Blockade im Gazastreifen und interne Spaltung haben extreme direkte und indirekte Auswirkungen auf Frauen.

Während die Bewältigungsmechanismen untergraben wurden, verstärkten psychischer Stress und geschlechtsspezifische Gewalt das Leiden und die Verletzlichkeit von Frauen. Frauen sind mehr Spannungen, Depressionen und Gewalt ausgesetzt, weil sie als Eckpfeiler der Familie gelten und Frauen in der Krise häufig zu Stoßdämpfern werden. Darüber hinaus hat die anhaltende humanitäre Krise im Gazastreifen diese Beeinträchtigungen in all ihren Formen, einschließlich sexueller Gewalt, häuslicher Gewalt und Kinderehe, verschärft. Die Gewaltumfrage 2019 des Palästinensischen Zentralamts für Statistik (PCBS) zeigt, dass 64% der Frauen in Gaza unter psychischer Gewalt, 26% unter körperlicher Gewalt, 11% unter sexueller Gewalt, 47% unter sozialer Gewalt und 55% unter wirtschaftlicher Gewalt leiden. Diese hohen Gewaltquoten sind zumindest teilweise auf schwerwiegende humanitäre Bedingungen wie Arbeitslosigkeit, Vertreibung, unzureichende Wohnverhältnisse, begrenzte sanitäre Einrichtungen und eingeschränkten Zugang zu Gesundheits-, Sozial- und Schutzdiensten zurückzuführen.

Musharbash: *Und wie ist die Lage der Frauen in Ost-Jerusalem?*

Abu Srou: Israels ständige Repressionen gegen Palästinenser*innen in Ost-Jerusalem wirken sich direkt auf Frauen aus. Der Hausarrest von Minderjährigen ab zwölf Jahren ist eine Maßnahme gegen Kinder gemäß der israelischen Militärverordnung Nr. 1651. Nach dem 16. Lebensjahr werden palästinensische Minderjährige wie Erwachsene vor Gericht gestellt, mit einer Höchststrafe von zehn Jahren Haft. Häufig werden palästinensische Kinder, bevor sie unter Hausarrest gestellt werden, ohne Gerichtsverfahren inhaftiert. Nach dieser Haftzeit werden sie unter Hausarrest gestellt, während sie auf den Prozess warten. Solche Hausarreste betreffen palästinensische Frauen in der Regel überproportional. Mütter in ihrer traditionellen Rolle tragen eine größere Verantwortung für Kinderbetreuung und Hausarbeit. Daher müssen sie mit größerer Wahrscheinlichkeit bei den unter Hausarrest stehenden Minderjährigen im Haus bleiben, um sicher zu stellen, dass ihr Kind nicht gegen die Auflagen des Urteils verstößt. Dürfen Minderjährige die Schule besuchen, müssen ihre Mütter sie während der gesamten Schulzeit begleiten. So ist ihre Arbeitsfähigkeit stark einge-

schränkt und viele mussten ihre Arbeit aufgeben und Gefängniswärterinnen ihrer eigenen Kinder werden.

Musharbash: *Was beobachten Sie darüber hinaus?*

Abu Srou: Israel nutzt den Entzug des Wohnsitzes auch als Instrument, um Palästinenser*innen gewaltsam aus Ost-Jerusalem zu transferieren. Israel^[1] setzt die Praxis des Entzugs des Wohnsitzes als kollektive Bestrafung gegen Frauen und Mädchen um, die mit einem beschuldigten Täter verwandt sind. Palästinenserinnen, die in Jerusalem leben, verlieren möglicherweise ihre Aufenthaltserlaubnis, die sie durch ein Verfahren zur Familienzusammenführung erhalten haben. Die Aufenthaltserlaubnis für Frauen aus dem Westjordanland, die mit Jerusalemern verheiratet sind und in Jerusalem leben wollen, hängt davon ab, ob ihr Ehemann ihre Erlaubnis für sie erneuern kann. Folglich darf im Falle einer Scheidung der Ex-Ehemann die Erlaubnis seiner Ex-Frau nicht mehr verlängern. Die Tatsache, dass der Wohnsitz von Frauen von ihren Ehemännern abhängt, birgt das Risiko geschlechtsspezifischer Probleme wie der Abhängigkeit von Frauen und dass Männer die Kontrolle über ihre Frauen verschärfen. Bei Ehestreitigkeiten und Missbrauch ziehen Frauen es oft vor, Gewalt zu ertragen, um ihre Aufenthaltserlaubnis aufrechtzuerhalten.

Musharbash: *Wie geht es palästinensischen Frauen, die in der Landwirtschaft arbeiten?*

Abu Srou: Die Landwirtschaft ist ein Arbeitsbereich für palästinensische Frauen, die in der Nähe von Feldern leben. Israels Umweltzerstörung richtet sich gegen Palästinenser*innen und palästinensisches Land im Westjordanland. Israel nutzt das Westjordanland als Deponie für gefährliche und industrielle Abfälle. Weil israelische Abfälle, die deponiert und in das besetzte palästinensische Gebiet verteilt werden, die Landwirtschaft stark beeinträchtigen, sind palästinensische Frauen besonders betroffen, unter anderem durch den Verlust des Lebensunterhalts und die mit der Umweltverschmutzung verbundenen Gesundheitsrisiken.

Musharbash: *Vielen Dank für das Interview!*

[1] JOINT SUBMISSION TO THE UPR WORKING GROUP 29TH SESSION, PALESTINIAN WOMEN UNDER PROLONGED ISRAELI OCCUPATION, WCLAC, WILPF ET AL. 2018-01, PAGE 7, PARA 5.2. AVAILABLE AT: [HTTPS://WWW.WILPF.ORG/WP-CONTENT/UPLOADS/2017/11/PALESTINE-UPR_WEB-2-5.PDF](https://www.wilpf.org/wp-content/uploads/2017/11/PALESTINE-UPR_WEB-2-5.PDF)

AUSSTELLUNG // WOMEN IN PALESTINE

Das Network der „Photographers for Palestine“ hat zum Internationalen Frauentag am 8. März die Ausstellung „Women of Palestine“ virtuell auf dem Webportal kunstmatrix eingestellt. Sechs Fotografinnen hatten dazu Bilder vom Leben der Frauen in Palästina eingereicht. Eine Auswahl davon ist nun zu sehen.

<https://artspaces.kunstmatrix.com/en/exhibition/4928989/women-of-palestine>



FILM // ROADMOVIE

Tamer, Sohn eines palästinensischen Aktivisten, der in den 1970er-Jahren in Beirut getötet wurde, und Salma, eine Palästinenserin aus Nazareth, sind seit fünf Jahren verheiratet und leben in den palästinensischen Autonomiegebieten. Tamer erhält endlich die Erlaubnis, nach Israel auszureisen, um ihre Scheidung offiziell einzureichen.

Die Prozedur nimmt kafkaeske Züge an, als die israelischen Behörden den Antrag des Paares zurückweisen, weil der Tod von Tamers Vater in Israel nicht registriert worden ist. Tamers Identität ist damit in Zweifel gestellt und das Paar muss die letzte Partnerin von Tamers Vater finden, um sich offiziell trennen zu können. Der Film ist eine feinsinnige Metapher für den Konflikt zwischen Israel und Palästina anhand der Geschichte dieses Paares und war für den Auslands-Oscar 2020 nominiert.



Between Heaven and Earth von Najwa Najjar,
2019/ Palestine – Luxemburg – Island 92 Min/Drama

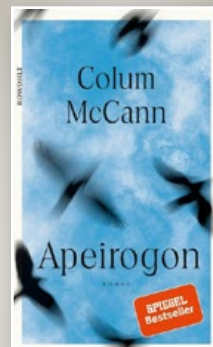
BUCH // SPANNEND UND HERZERGREIFEND

Es gibt außergewöhnliche Menschen. Wenige. Aber es gibt sie. Der Israeli Rami Elhanan und der Palästinenser Bassam Aramin sind zwei außergewöhnliche Menschen. Beide haben ihre Töchter verloren. Ramis Tochter starb 1997 im Alter von 13 Jahren bei einem Selbstmordattentat in Jerusalem, Bassams Tochter 2007 im Alter von zehn Jahren durch das Gummigeschoss eines israelischen Soldaten. Apeirogon: Eine flächige geometrische Form mit einer ins Unendliche gehenden Zahl von Seiten. Der israelisch-palästinensische Konflikt hat so viele Seiten. Und der irische Autor Colum McCann ist Profi genug, um einige von ihnen auf spannende und herzerzreifende Art und Weise nahe zu bringen. McCann hat dazu das Schicksal der beiden Männer und ihrer Familien in fiktiver Form verarbeitet. Er versteht es, den Blick auf diesen Konflikt über die Grenzen der Region hinaus zu weiten, über die Fabrikation von Gummigeschossen hinweg bis hin zu Arbeitsgewohnheiten von Pablo

Picasso. Der Schwerpunkt des Romans liegt auf der Freundschaft und dem Pazifismus der beiden Männer. Das macht ihn für den europäisch-amerikanischen Buchmarkt akzeptabel. Und für Leser*innen, die gar nichts wissen über diesen Konflikt, ist dieses Buch ein möglicher emotionaler Einstieg. Doch ehrlich gesagt: Mir ist dieser Roman zu unpolitisch. Wer in der Westbank war, in Hebron, der hat Apartheid erlebt in ihrer schlimmsten Form. Etwas, was man gerade heute, in der gegenwärtigen politischen Lage, nicht vergessen sollte. Doch davon ist in dem von der Presse hochgelobten Werk nur sehr wenig zu spüren.

ULRIKE ZUBAL-FINDEISEN

Colum McCann
Apeirogon
Rowohltverlag, 2020, 595 S., 25,00 €



BUCH // JÜDISCHE OPPOSITION GEGEN DEN ZIONISMUS

Dieses 2004 erschienene Buch ist in 14 Sprachen übersetzt worden. Erst seit 2020 liegt es auf Deutsch vor. Im Vorwort schreibt der in Montreal und Tel Aviv lebende und emeritierte Historiker Rabkin: „Dieses Buch soll den deutschen Leser*innen, Juden und Jüdinnen helfen zu verstehen, warum viele Juden, zu bestimmten Zeiten sogar die meisten, den Zionismus als etwas der jüdischen Kultur und Religion Fremdes ablehnten. Es stellt den Unterschied zwischen Juden und Israelis, zwischen Judentum und Zionismus heraus.“ Rabkins wohldokumentierte Ausführungen zeigen, dass das Judentum für ein vollkommen anderes Wertesystem steht als die israelische Staatsdoktrin, der auch die „Staatsräson“ in Deutschland bisher blind folgt. Der Zionismus, so Rabkin, missbrauche dessen Lehre für seine politischen Ziele. Er sei die „Häresie des Judentums“ und stehe im diametralen Gegensatz zur Thora. Es gab über viele Jahrhunderte ein friedliches Zusammenleben zwischen Juden und Jüdinnen, Muslim*innen, Christ*innen im alten „Jischuv“ bis zu dem Zeitpunkt, wo die Zionisten in Palästina ankamen und mit Gewalt und Vertreibung ihren Staat gründeten. Der „neue Hebräer“ vertraue nicht auf Gott, sondern nur auf „militärische Sicherheit“. Das sei bis heute das vorherrschende, unfriedliche Staatskonzept in Israel. Während traditionellerweise mit „Israel“ die religiöse jüdische Gemeinschaft gemeint sei, betone der Zionismus Landnahme und Besitzergreifung. Rabkin über die weiteren Perspektiven: „Wenn der Antizionismus eine neue Form des Antisemitismus sei, so würde es auch die Hauptprotagonisten dieses Buches zu Antisemiten machen, die vielen Rabbiner genauso wie die Hunderttausende von religiösen Juden, die ihnen folgen. Das ist natürlich Unsinn“. Ein sehr aufschlussreiches und lesenswertes Buch!

HERMANN DIERKES

Jakov M. Rabkin:
Im Namen der Thora – die jüdische Opposition gegen den Zionismus
Verlag FiftyFifty, Frankfurt 2020, 462 S., 24 €



MEDIENEMPFEHLUNGEN



BUCH // ARABISCHE JÜDINNEN UND JUDEN

【 】 In den 15 Beiträgen wird deutlich, dass der seit Jahrzehnten andauernde Prozess der Judaisierung nicht nur den arabisch-palästinensischen Bevölkerungsteil durch die völkerrechtswidrige Siedlungspolitik und stille Vertreibung betrifft, sondern auch den arabisch-jüdischen Teil in Israel selbst, durch „eine Art innerer ethnischer Säuberung“. Grundlegendes Erkenntnis ist, dass „zum Wissen über die vielen Grausamkeiten des israelischen Machtapparats gegen die Palästinenser“ auch das „Wissen über die Übergriffe gegen die Mizrahi (arabische Juden) kommt, obwohl nicht im gleichen Umfang, jedoch mit der gleichen Logik“. In mehreren Beiträgen wird das Paradox hervorgehoben, dass die Angriffe gegen die Palästinenser*innen gleichzei-

tig Angriffe – obgleich stellvertretend – gegen die nicht betroffenen und „betroffenen“ Schichten der israelischen Gesellschaft sind. Hierzu gehören die arabischen Juden und Jüdinnen, die in den neuen israelischen Staat einwanderten. Obwohl sie nie vorgehabt hatten, ihre Heimatländer zu verlassen, erlagen sie dem Druck und der Dauerspannung, die mit der Gründung des neuen Staates in der Region entstanden waren. Zionisten hatten keine Hemmungen beim Einsatz der Methoden: Zum Beispiel die Bomben, die in den Synagogen in Bagdad, Alexandria und Kairo platziert wurden.

DETLEF GRIESCHE

Susanna Sinigaglia:

„Arabische Juden“, Zambon-Verlag, Frankfurt a. Main 2020



BUCH // AKTUELLE AUFARBEITUNG

【 】 Der Autorin gelingt eine sehr aktuelle Aufarbeitung der verschiedenen Dimensionen und Facetten des heftigen Meinungsstreits um die Deutungshoheit über Antisemitismus. Durch die vielen Definitionsversuche, die den Terminus zu schärfen suchten, letztlich aber eher verwässerten, drohe der Begriff Antisemitismus seinen Bedeutungsinhalt zu verlieren. Die zunehmende Tendenz, das Thema Judenfeindlichkeit auf die Haltung gegenüber dem Staat Israel zu reduzieren und Antisemitismus auf dessen Kritiker*innen zu delegieren, sei „zugleich die Absage an jene sozialen Tugenden der Aufklärung, die wir als Grund-

pfeiler der Demokratie preisen: Toleranz und Liberalität“, wie es Wolfgang Benz in seinem Vorwort formuliert. Argumente, wie sie Karin Wetterau vorträgt, sind, so Benz in seinem Vorwort notwendig, solange „Positionen nach Belieben als antisemitisch denunziert werden“ dürfen.

DETLEF GRIESCHE

Karin Wetterau: „Neuer Antisemitismus, Spurensuche in den Abgründen einer politischen Kampagne“, mit einem Vorwort von Wolfgang Benz, Aisthesis Einwurfe, Aisthesis-Verlag, 144 Seiten, Bielefeld, 2020

BUCH // MIT EINEM WORT: LESENSWERT!

【 】 Fest-Veranstaltungen zum 25-jährigen Jubiläum der Betlehemer Hochschule Dar al-Kalima mussten abgesagt werden. Übrig blieb eine Jubiläumsbroschüre mit Beiträgen von Personen, die mit dem Aufbau der Institution eng verbunden sind. Allen voran Mitri Raheb. Als er 1987, eben in Marburg promoviert, nach Bethlehem heimkehrte, ereilte ihn und seine gesamte Umgebung sehr bald die erste Intifada. Die Gewalt der Auseinandersetzungen, die Brutalität der Besatzung, die Not und zugleich der kreative Widerstand seines Volks machten ihm klar, dass die Kirche nicht nur nach innen wirken darf, sondern auf die Gesellschaft zugehen muss. Vor diesem Hintergrund entstand zunächst das Zentrum Dar an-Nadwa al Dauwalia – der „Ort an dem sich Menschen zum Dialog treffen“. Es setzte Zeichen für die Sanierung des palästinensischen Kulturerbes und die Renovierung der Altstadt. Es entsteht ein Gästehaus, das Authentic Tourism Program „kommt und sieht“; fachlich ausgebildete palästinensische Fremdenführer*innen begleiten nun die zahllosen Reisegruppen im Heiligen Land. Eröffnet wird das Dar-al-Kalima Health and Wellness Center, das Führungstraining von Anette Klasing, in dem sich allwöchentlich das Youth Leadership Team zu Diskussionen über gesellschaftspolitische Kontexte trifft. 2006 wird das Dar al-Kalima-College durch das palästinensische Ministerium für Bildung und Hochschulbildung anerkannt. Das Zentrum bietet nun formale akademische Programme, hat vier Bereiche: Kunst, Multimedia, Kommunikation, Tourismusstudien. 2013 entsteht die Dar al-Kalima University – College of Arts and Culture.

Die internationalen Konferenzen in Bethlehem, die wichtigen Freundschaftsvereine, Engagement für Frauen-Empowerment und Gedanken von Bischof a.D. Abromeit über das ambivalente Erbe einer „heiligen Stadt“, u.v.a. mehr wird in spannender Lektüre von Personen erzählt, die viele in Deutschland aus Vorträgen und Seminaren persönlich kennen. Mit einem Wort: lesenswert!

GISELA SIEBOURG



israel & palästina | Zeitschrift für Dialog, 25 Jahre Dar-al-Kalima, Herausgegeben vom diAk e.V. 2020, Redaktion: Anette Klasing / Rainer Zimmer-Winkel, AphorismA Verlag



BUCH // EINBLICKE IN DIE GESCHICHTE DER „ANTIDEUTSCHEN“

【 】 Für viele Friedensbewegte und Aktivist*innen für die Rechte der Palästinenser*innen sind sie ein verwirrendes Phänomen: Selbsterklärte „Antifaschist*innen“, die Israel- und USA-Fahnen schwenken. Ihre Wurzeln liegen tatsächlich in der deutschen Linken. Gerhard Hanloser zeichnet die Bruchlinien verschiedener Vordenker*innen und Strömungen der „Antideutschen“ nach und zeigt, dass sie, anders als manche behaupten, nie „notwendige Debatten“ angestoßen haben, sondern vielmehr diejenigen waren, die mit ihren Angriffen über jede legitime Kritik und alles was noch als „links“ bezeichnet werden kann, hinausschossen. Dabei setzt er Wissen um marxistische Theorie und linke Geschichte in der BRD voraus, weshalb das Buch für Einsteiger*innen in das Thema eher ungeeignet ist. Sieht man einmal von seinen ermüdenden Sticheleien gegen „orthodo-

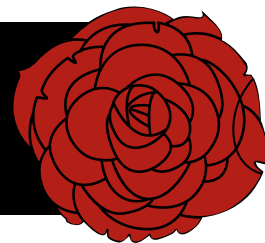
xe“ und „Parteikommunisten“ ab, ist das Buch für alle, die die behandelten Debatten, Gruppen, Personen und Ereignisse einordnen können, dagegen ein Genuss aus gekonnter Polemik und gut recherchierter Bewegungsgeschichte. Dem Autor gelingt in jedem Fall, was er im Vorwort ankündigt: Er legt dar, wie im Schatten des ständigen Geschreis über „linken Antisemitismus“ und „Antiamerikanismus“ längst ein Teil der politischen Linken stramm nach Rechtsaußen marschiert ist und einen Schulterchluss mit der neo-liberalen, pro-israelischen und islamfeindlichen Neuen Rechten geschlossen hat.

LEON WYSTRYCHOWSKI

Gerhard Hanloser:

Die andere Querfront. Skizzen des antideutschen Betrugs, Münster: Unrast 2019. 344 Seiten.

Weltweite Solidarität



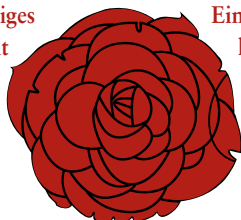
Deutschland

VERANSTALTUNGSVERBOTE IN DER KRITIK

[] In letzter Zeit gaben zunehmend mehr Gerichte den Kläger*innen gegen ein Veranstaltungsverbot recht. Die Gerichte verwiesen auf die unveräußerlichen Grundrechte wie Meinungsfreiheit. Legitime Kritik an israelischer Tagespolitik und deren Unterdrückungs- und Vertreibungsmaßnahmen stelle nicht automatisch die Sicherheit Israels infrage, so der Tenor der Entscheidungen.

Die Diskriminierungs- und Verbotsinitiativen wurden begünstigt durch den Beschluss des Bundestages vom 17. Mai 2019. Er orientiert sich an der wissenschaftlich höchst umstrittenen Ausweitung der Definition von „Antisemitismus“ durch die „Internationale Allianz für Holocaust-Gedenken“ (IHRA), wodurch Kritik an Israel als antisemitisch eingestuft wurde und damit zum Freibrief für Angriffe auf Formen der Solidaritätsarbeit für Palästina wurde. Die entsprechende Passage der von der Bundesregierung übernommenen IHRA-Definition lautet: **„Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein“**. Als der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, 2020 den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestags um ein Gutachten zur Verbindlichkeit der Bundestagsresolution vom 17. Mai 2019 zu Antisemitismus und BDS gebeten hatte, erhielt er eine eindeutige Antwort: **„Der Beschluss des Bundestages ist als schlichter Parlamentsbeschluss zu bewerten. Er ist nicht auf Basis einer spezifischen rechtlichen Regelung ergangen und hat daher keine rechtliche Bindungswirkung für andere Staatsorgane. Der Beschluss stellt eine politische Meinungsäußerung im Rahmen einer kontroversen Debatte da.“**

Zum Raumverbot für Veranstaltungen zu BDS oder auch unterstellten israelkritischen BDS-ähnlichen Themen heißt es beim Wissenschaftlichen Dienst: **„Ein Nutzungsausschluss von BDS-nahen Personen oder Gruppen allein wegen zu erwartender unerwünschter Meinungsäußerung ist daher mit Art. 5 Abs. 1 GG unvereinbar.“** Und schließlich heißt es zur Frage, wie ein mögliches Gesetz des Bundestages verfassungsrechtlich zu beurteilen wäre, das israelkritische Veranstaltungen mit BDS-Bezug und von BDS unterstützenden Personen verbieten würde: **„Ein derartiges Gesetz wäre nicht mit dem Grundrecht auf Meinungsfreiheit zu vereinbaren und daher verfassungswidrig.“**



Auf diese eindeutige Begutachtung folgte kurz darauf eine weitere, die Debatte befeuernde, Erklärung durch die Kampagne der „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“, in der sich renommierte Vertreter*innen der wichtigsten deutschen Kultureinrichtungen zusammgefunden hatten und die freie Meinungsäußerung in Bezug auf Israel einforderten.

Die Repliken der Lobbyist*innen der israelischen Besatzungspolitik folgten umgehend. In der Stellungnahme der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) vom 11. Dezember 2020 bedauert der durch seine Diffamierungskampagnen in Frankfurt bekannte Präsident der DIG und hessische Antisemitismusbeauftragter, Uwe Becker, dass **„Vertreterinnen und Vertreter namhafter deutscher Kulturinstitutionen offensichtlich blind gegenüber israelbezogenem Antisemitismus“** seien und **„sich vor den Karren der antisemitischen BDS-Bewegung spannen lassen“**, denn bei BDS ginge es nicht um demokratischen Meinungswettbewerb, **„sondern um eine moderne Form des Terrors gegen Israel“**. Somit fördere die „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“ die „Delegitimierung des Staates Israel“.

Heftiger und noch absurder sind internationale Bewertungen. So hat das Simon Wiesenthal-Zentrum in Los Angeles, das jedes Jahr die aus ihrer Sicht schlimmsten antisemitischen Vorfälle weltweit bewertet, für 2020 die „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“ auf Platz 7 gesetzt. Da heißt es u.a.: **„Die deutsche Elite startet einen Großangriff, um der antisemitischen Boycott-Bewegung BDS ihre Legitimation zurückzugewinnen. Die Initiative verschiedener Kultureinrichtungen, die sich ein Jahr lang im Geheimen traf und sich wie ein ‚who is who‘ der deutschen Kulturszene liest [...] griff den BDS-Beschluss des Bundestages als einen Verstoß gegen die Meinungsfreiheit an“**.

Ungeachtet dessen setzt sich die juristische Erkenntnis zunehmend durch, wie es der Jurist und Chefkorrespondent des Deutschlandfunks Stephan Detjen als einer der ersten Journalisten in einem Artikel in der FAZ vom 22. Juni 2020 anmahnte: **„Was BDS ist, wer möglicherweise BDS-Sympathisant ist, lässt sich nicht klar definieren [...] Der Begriff wird kampagnenmäßig instrumentalisiert und ist für staatliche Eingriffe nicht geeignet [...] Es ist ein Eingriff in den öffentlichen Diskurs [...] Einschränkungen der Meinungsfreiheit, wie sie mit der BDS-Nähe begründet**

werden, bedürfen einer klaren Rechtsgrundlage und unterliegen einem vom Bundesverfassungsgericht entwickeltem Prüfschema“.

Waren die Stellungnahmen der organisierten jüdischen Lobbyorganisationen so plump wie vorhersehbar, so sind die hilflosen Reaktionen und Erklärungsversuche des Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung Felix Klein bemerkenswert aufschlussreich.

In einer neuen Volte in seinen Erklärungen zum BDS-Beschluss des Bundestages und der massiven Kritik daran, lässt er Mutmaßungen zu, dass der Bundestag ganz bewusst kein Gesetz beschlossen, sondern nur einen rechtlich nicht bindenden Beschluss gefasst hat. Im Feuilleton der Berliner Zeitung vom 11. Januar 2021 heißt es von ihm plötzlich: **„Man sollte nicht alles nur legalistisch betrachten.“** Durch das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes der Bundesregierung sei nun **„das größte Missverständnis schon einmal aus(geräumt), nämlich, dass der BDS-Beschluss eine Eingriffsberechtigung in die Tätigkeit von Kulturinstitutionen wäre [...] Der BDS-Beschluss lässt viel Raum für Meinungsfreiheit, selbst Antisemitismus bleibt wie bisher durch Art. 5 GG geschützt.“** Kleins Zynismus wird deutlich, wenn er scheinheilig vermutet, dass **„es durch den BDS-Beschluss Scheren im Kopf gegeben habe.“** Das war aber augenscheinlich kalkuliert, denn freimütig bekennt er ja an anderer Stelle, dass er **„einen Kabinettsbeschluss zum BDS-Beschluss [...] organisieren“** wollte. Dieser sei aber nicht gelungen. Im Bundeskabinett dürfte die juristische Position ihres eigenen Wissenschaftlichen Dienstes wohl vorab bekannt gewesen sein. Das Ziel der Meinungsbildenden war von Anfang an sicher so klar, wie es Klein auch formuliert: Unterhalb der Schwelle der juristischen Angreifbarkeit bleiben, aber eine Stimmung für An- und Eingriffe zu stimulieren. Für ihn geht der BDS-Beschluss dann auch **„weit über BDS hinaus.“** Deutlicher kann die zentrale Intention nicht formuliert werden!

Es müssen daher weitere hoffnungsvolle Schritte auf dem Weg, die beschriebene Diskrepanz zwischen falsch interpretierter „Staatsraison“ und in der Verfassung festgeschriebener Grundrechte aufzuheben, folgen, um der beliebigen politischen Instrumentalisierung zu begegnen, die letztlich auch vom eigentlich real vorhandenen und zu bekämpfenden Antisemitismus ablenken.

DETLEF GRIESCHE, DPG-VIZEPRÄSIDENT

BERLINER KUNSTPROJEKT VERHINDERT

Die „School for Unlearning Zionism“ war ein Kunstprojekt im Oktober 2020 von Yehudit Yinhar u.a. an der Weißensee Kunsthochschule Berlin (KHB) mit Online-Vorträgen auf Hebräisch und Englisch und einer Kunstausstellung, um einen Raum zur Diskussion und Reflexion über verschiedene historische, kulturelle und ökonomische Fragen zu schaffen, die sich auf die Geschichte des Zionismus beziehen.

Springer-Journalist Frederik Schindler erwähnte gegenüber der Hochschule vier der Sprecher*innen im „Oktoberprogramm“, denen er eine Unterstützung der BDS-Bewegung unterstellte (obwohl weder das Projekt noch die Vorträge etwas mit der Bewegung zu tun hatten). Seine Anfrage beruhte also auf dem McCarthy-Prinzip der Kontaktschuld oder vielmehr dem Verdacht auf Kontaktschuld. Obwohl nicht alle Vortragenden im „Oktoberprogramm“ Jüd*innen sind, sind alle von Schindler erwähnten Personen jüdische Israelis. Schindlers Unterstellungen über diese vier Personen sowie seine Behauptung, das Programm würde bereits Kritik auf sich ziehen, da die Kunsthalle vom Bildungsministerium (BMBF) finanziert wird, haben scheinbar ausgereicht, um die KHB zu einem Boykott des Projekts zu bewegen.

Die Website der Kunsthalle (KHHP) wurde entfernt und die Fördermittel für das Projekt blockiert. In der Zeitung Jüdische Allgemeine, die dem Zentralrat der Juden untersteht, wurden die KHB sowie das Bundesministerium für Bildung und Forschung

zitiert, die nun selbst auf die Anti-BDS-Resolution vom 17. Mai 2019 verwiesen; die KHB teilte mit, dass das Programm nicht mit öffentlichen Geldern finanziert werde und das BMBF sagte, dass die Bundestagsresolution sehr ernst genommen würde. Die Amadeu-Antonio-Stiftung reagierte

auf die Affäre, indem sie das Kunstprojekt „antisemitisch“ nannte und das Projekt in die Chronik antisemitischer Vorfälle aufnahm, neben Geschehnissen wie dem Anschlag in Halle. Rechtliche Schritte gegen diese groben Verleumdungen werden geprüft.

Ein Jahr nach dem Anschlag in Halle, der sich gegen jüdisches, muslimisches und migrantisches Leben richtete und zum Mord an zwei Menschen führte, sagte der Antisemitismusbeauftragte des Bundes Felix Klein, dass der „israelbezogene Antisemitismus“ das wahre Problem darstelle. Der neu ernannte Ansprechpartner des Landes Berlin für Antisemitismus, Samuel Salzborn, schrieb in der taz, dass vor allem Muslim*innen für den Antisemitismus verantwortlich seien.

Mehr Infos: <https://www.juedische-stimme.de/2020/11/01/newsletter-oktober-2020/>

KULTURINSTITUTIONEN WERDEN INITIATIV

Ende letzten Jahres hat ein Zusammenschluss von renommierten Kulturinstitutionen in Deutschland die „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“ in Anspielung auf die im Artikel 5 des Grundgesetzes festgeschriebene Kunst- und Wissenschaftsfreiheit, gebildet. Gefordert wird die Bewahrung von Weltoffenheit, Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit in der deutschen Gesellschaft. Die Aufrufer*innen sehen diese Werte durch den BDS-Beschluss des Bundestages bedroht. Dieser hatte die Boykottbewegung BDS im Mai 2019 als antisemitisch bezeichnet und Kommunen und Institutionen dazu aufgerufen, Veranstaltungen mit Bezug zu BDS von öffentlichen Fördergeldern und Räumen auszuschließen.

Der Aufruf wurde von vielen Prominenten der deutschen Kulturszene unterzeichnet, darunter der Intendant der Berliner Festspiele, Thomas Oberender, der Generalsekretär des Goethe-Instituts, Johannes Ebert, die Künstlerische Direktorin der Kulturstiftung des Bundes, Hortensia Völckers, die Direktorin des Moses Mendelssohn Zentrums für Europäisch-Jüdische Studien, Miriam Rürup, und die Leiterin des Zentrums für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität, Berlin, Stefanie Schüler-Springorum.

<https://www.staatsschauspiel-dresden.de/home/initiative-gg-53-weltoffenheit/>

PROTEST GEGEN ZERSTÖRUNG VON KHIRBET HAMSA AL FOQA



Khirbet Hamsa al Foqa

Die Jüdische Stimme für gerechten Frieden hat die Zerstörung von Khirbet Hamsa al-Foqa mit Verweis auf die nicht betroffenen jüdischen Siedlungen als „ethnische Säuberung“ bezeichnet. Dieses Verbrechen sei nur aufgrund der mangelnden Rechenschaftspflicht gegenüber internationalen Akteuren wie z. B. Deutschland möglich. Die Organisation fordert von der deutschen Regierung, dass sie nicht länger Verstöße gegen das Völkerrecht legitimiert und ihrer Verantwortung für den Schutz des palästinensischen Volkes unter der Besatzung und für die Einhaltung des Völkerrechts nachkommt, indem sie gravierende Sanktionen gegen den Staat Israel verhängt, bis die israelische Regierung die Entscheidungen der UNO respektiert und bis die Verantwortlichen für die grausame Zerstörung von Khirbet Hamsa al-Foqa vor Gericht gestellt werden.

<https://www.juedische-stimme.de/>

BT3P KLAGEN GEGEN BUNDESTAGSBESCHLUSS

Die drei jüdisch-palästinensisch-deutschen Aktivist*innen, Judith Bernstein, Amir Ali und Christoph Glanz, klagen gegen den Anti-BDS-Bundestagsbeschluss. „Wir sind die Bundestag 3 für Palästina (BT3P). Gemeinsam setzen wir uns für Menschenrechte in Palästina und Israel ein. Was uns Kläger*innen als politisch denkende und handelnde Menschen vereint, ist unsere bedingungslose Verpflichtung gegenüber den Menschenrechten. Wir wenden uns ausnahmslos gegen alle Formen von Rassismus (inklusive Antisemitismus und Islamophobie), Diskriminierung und Unterdrückung.“ Beauftragt mit der Klage wurde der Berliner Rechtsanwalt Ahmed Abed.

<https://www.bt3p.org/>

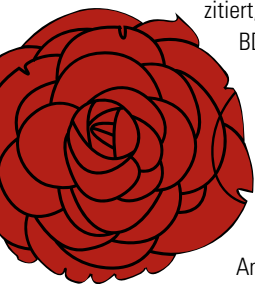
VERWALTUNGSGERICHTSHOF HEBT RAUMVERBOT AUF

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) hat am 17. November 2020 im Streit zwischen dem Münchner Bürger Klaus Ried und der Stadt München ein Urteil gegen die Stadt München gefällt: Der Kläger habe einen Anspruch auf Überlassung eines städtischen Veranstaltungssaales („öffentliche Einrichtung“ im Sinne des Art. 21 Absatz 1 Satz 1 GO) für eine geplante öffentliche Podiumsdiskussion. Als Thema der Veranstaltung war vorgesehen „Wie sehr schränkt München die Meinungsfreiheit ein? – Der Stadtratsbeschluss vom 13. Dezember 2017 und seine Folgen“. Nach diesem Beschluss sollen alle Bewerber*innen, die sich in einer geplanten Veranstaltung „mit den Inhalten, Themen und Zielen der BDS-Kampagne befassen, diese unterstützen, diese verfolgen oder für diese werben“ von der Raumvergabe in städtischen Einrichtungen ausgeschlossen sein.

Nach Auffassung des Gerichts verstößt dieser Beschluss gegen das Grundrecht der Meinungsfreiheit (Art. 5 Absatz 1 Satz 1 GG) und gegen den allgemeinen Gleichheitssatz (Art. 3 Absatz 1 GG). Die Stadt sei nicht befugt, „Bewerbern allein wegen zu erwartender unerwünschter Meinungsäußerungen den Zugang zu ihren öffentlichen Einrichtungen zu verwehren.“ Die Stadt München hat angekündigt in Revision zu gehen.

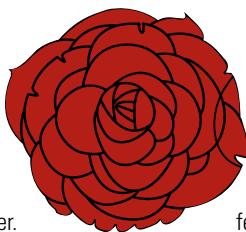
VERANSTALTUNG IN FRANKFURT EINGEKLAGT

In Frankfurt hatte der Magistrat ebenfalls einen Anti-BDS-Beschluss gefasst mit dem Zusatz dass er nur gilt, „sollte der Inhalt rechtssicher sein.“ Drei Aktivist*innen, die #BT3P (siehe oben), sind nach einem Veranstaltungsraumzug nun vor Gericht gezogen und haben Recht bekommen. So hat die Saalbau, die Raumvermietungsagentur



der Stadt Frankfurt, doch noch anstandslos den rechtsverbindlichen Raumvertrag eingehalten. Der Frankfurter Anti-BDS-Beschluss ist erledigt. Er ist nicht rechtssicher.

<https://www.bt3p.org/>



Light Rail (JLR), die Israels illegale Siedlungen im besetzten und annektierten Jerusalem festigt. Eingereicht wurde der

Bericht u.a. von Al-Haq, dem Kairoer

Institut für Menschenrechtsstudien (CIHRS), dem Zentrum für Forschung über multinationale Unternehmen (SOMO), dem European Legal Support Center (ELSC), NOVACT – Internationales Institut für gewaltfreie Aktion, The Rights Forum, Transnational Institute (TNI) und War on Want.

VORTRAG IN MANNHEIM GERICHTLICH DURCHGESETZT

[] In letzter Minute konnte ein Vortrag in Mannheim zu „Zionismus, Antisemitismus und die Entstehung Israels“ mit Professor Rolf Verleger, ehemaliges Mitglied im Zentralrat der Juden in Deutschland, doch noch stattfinden. Das angemietete Hotel musste den gekündigten Mietvertrag auf gerichtlichen Beschluss hin einhalten. In Mannheim gibt es einen Beschluss des Gemeinderates, dass keine Veranstaltungen mehr möglich sein sollen, in denen durch eine irgendwie geartete (oder auch nur vermutete) Nähe zur Boykott-Desinvestment-Sanctions (BDS)-Initiative der palästinensischen Zivilgesellschaft eine womöglich kritische Stellung zur israelischen Besatzungspolitik geäußert werden könnte.

<https://www.initiative-nahost.de/de/startseite.html>

INTERNATIONAL WAS IST BDS?

[] Eine Online-Arbeitshilfe zu BDS hat die christliche Initiative Global Kairos for Justice zusammengestellt. Sie sieht BDS in der Tradition von Mandela, King und anderen gewaltfreien Kämpfer*innen gegen Siedlerkolonialismus.

<https://bdstoolkit.org/>



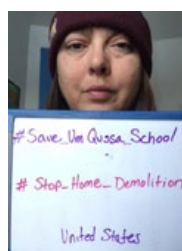
CAF LIEFERT STRASSENBAHN FÜR SIEDLUNG

[] Die baskische Firma Construcciones y Auxiliar de Ferrocarriles (CAF) liefert Straßenbahnen für die neue grüne Linie der Stadt Jerusalem. Das Projekt umfasst nach Angaben der Firma auch die Sanierung der bestehenden Straßenbahnen der Roten Linie, die Lieferung der Signal-, Energie- und Kommunikationssysteme, die Integration des Projekts und die fünfzigprozentige Beteiligung an der Gesellschaft SPV, die den Betrieb und die Instandhaltung der beiden Linien übernehmen wird. 31 prominente Menschenrechtsorganisationen, Netzwerke und Gewerkschaften aus Palästina und Europa haben Ende 2020 dem Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) in Genf einen Bericht vorgelegt, in dem sie fordern, dass CAF in die UN-Datenbank der Unternehmen aufgenommen wird, die in Israels illegale Siedlungsunternehmen verwickelt sind, wegen ihrer Rolle bei der Erweiterung und dem Betrieb der israelischen Jerusalem

PALÄSTINA ZERSTÖRUNG EINER SCHULE

[] Das Christian Peacemaker Team Hebron (CPT) setzt sich für den Erhalt der Um Qussa Schule ein. Die Schule im südlichen Teil der Westbank hat Anfang des Jahres einen Abrissbescheid bekommen. 50 Kinder hätten dann keine Schule mehr.

Im Februar 2021 gab es nach UN-Angaben in Palästina 53 Schulen mit 5.200 Schüler*innen, die einen Abrissbefehl von der Besatzungsmacht bekommen haben.



CPT bittet um Fotos an cptheb@cpt.org

ISRAEL GYMNASIAST*INNEN VERWEIGERN KRIEGSDIENST

[] 60 Israelische Gymnasiast*innen weigern sich, dem israelischen Militär beizutreten und berufen sich dabei auf die „anhaltende Nakba“. „Die zionistische Politik der brutalen Gewalt gegen und der Vertreibung von Palästinenser*innen aus ihren Häusern und ihrem Land begann 1948 und hat seitdem nicht aufgehört.“ Es ist nicht der erste Brief dieser Art in der Geschichte, aber er ist historisch und neu, da er zum ersten Mal nicht nur die Besatzung von 1967 anspricht, sondern auch die Nakba von 1948, die „andauernde Nakba“ und die „gewaltsame Besatzung“ von „72 Jahren“. „Die Aktionen des israelischen Militärs im Jahr 2020 sind nichts anderes als eine Fortsetzung und Aufrechterhaltung des Vermächnisses von Massakern, Vertreibung von Familien und Landraub, des Vermächnisses, das die Gründung des Staates Israel „ermöglichte“, als einen



Protestkundgebung am 15. Januar 2021 nachdem ein Bewohner von A-Rakeez in den South Hebron Hills niedergeschossen worden war. <https://www.taayush.org/>

echten demokratischen Staat, nur für Juden und Jüdinnen.“

<https://mondoweiss.net/2021/01/israeli-high-school-students-refuse-to-join-the-israeli-military-citing-the-continuing-nakba/>

REISEFREIHEIT FÜR GAZA-STUDIERENDE

[] Über 450 Universitätsangestellte aus Israel und darüber hinaus forderten die israelische Regierung und die israelische Militärverwaltung COGAT auf, Studierenden aus Gaza die Ausreise zu ihren Studienorten im Ausland zu erlauben. Seit März letzten Jahres dürfen nur extrem wenige Menschen den Gazastreifen über Erez verlassen. Der Grenzübergang Rafah nach Ägypten war im Februar tageweise offen, zuvor längere Zeit geschlossen. Die israelische Menschenrechtsorganisation Gisha, die sich um Genehmigungen bemüht, damit Studierende ihre Studien im Ausland, etwa in Jordanien, fortsetzen können, hatte die Petition initiiert. <https://gisha.org/>

DEAL MIT MAROKKO WIDERSETZEN

[] Die Friedensbewegung Gush Shalom hatte die Knesset-Abgeordneten aufgefordert, sich dem Abkommen mit Marokko zu widersetzen. Es sei ein zynischer Deal zwischen der israelischen Besetzung der Westbank und der marokkanischen Besetzung der Westsahara. Seit vielen Jahren würde die marokkanische Regierung die israelische Besatzungspolitik kopieren, die Einwohner*innen der Westsahara unterdrücken und das Land mit Siedler*innen überfluten.

http://zope.gush-shalom.org/index_en.html

KANADA GAZA-FLOTILLE

[] Die kanadische Gruppe der Freedom Flotilla Coalition beabsichtigt 2021, sollte es die Corona-Lage erlauben, ein Schiff nach Gaza zu entsenden, um die Blockade zu brechen. In der Zwischenzeit sammelt die Gruppe Geld für die medizinische Versorgung im Gazastreifen.

www.canadaboutgaza.org,
<https://freedomflotilla.org>

GROSSBRITANNIEN GEWERKSCHAFT FÜR PALÄSTINA

[] Der Gewerkschaftskongress (TUC), dem rund sechs Millionen Mitglieder angehören, hat 2020 seine Solidarität mit dem Kampf der Palästinenser*innen für Selbstbestimmung erklärt und die Besatzungs- und Expansionspolitik der israelischen Regierung verurteilt. Die Gewerkschaft fordert ein Ende der Komplizenschaft durch die britische Regierung.

DER KONFLIKT AUF EINEN BLICK

ZAHLEN UND FAKTEN

IM JAHR 2020

- haben jüdische Siedler*innen 8.400 Olivenbäume im besetzten Palästina entwurzelt.
- wurden 28 Palästinenser*innen, darunter acht Kinder, von israelischen Besatzungstruppen getötet.
- ließ die israelische Besatzungsmacht 865 Wohnungen, Ställe etc. im besetzten Palästina abreißen. Dadurch wurden 1.014 Menschen vertrieben. Weitere 5.615 Erwachsene und Kinder waren davon betroffen.
- waren Ende 2020 4.400 Palästinenser*innen in israelischer Haft, darunter 40 Frauen, 170 Kinder und 26 Gefangene, die seit 1993 in Haft sind.
- gab es 141.608 COVID-19-Fälle im besetzten Palästina.
- gab es 1.316 Todesfälle durch COVID-19 im besetzten Palästina.
- sank das palästinensische Bruttoinlandsprodukt um 12 Prozent.
- haben 66.000 Palästinenser*innen ihren Job verloren.
- lag die Arbeitslosenquote in Palästina bei 27,8 Prozent.
- sind 140 palästinensische politische Gefangene in israelischem Gewahrsam an COVID-19 erkrankt.
- leben von den insgesamt 13,7 Millionen Palästinenser*innen 5,2 Millionen in der Westbank und im Gazastreifen, 1,6 Millionen in Israel, 6,2 Millionen in arabischen Staaten und 738.000 in sonstigen Staaten wie Deutschland.

QUELLEN // WHO, ICAHD, B'TSELEM, ADDAMEER, PALÄSTINENSISCHES BÜRO FÜR STATISTIK; ZUSAMMENSTELLUNG VON SABEEL/RÖM



BUCH // EMPFEHLUNG ZUM WEITERLESEN

Palästina – Vertreibung, Krieg und Besatzung
Wie der Konflikt die Demokratie untergräbt
Groth, Annette / Paech, Norman / Falk, Richard (Hg.)
284 Seiten, PapyRossa, 2017, 17,95 €

DIE WICHTIGSTEN MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN, DENEN DIE PALÄSTINENSER*INNEN DURCH DIE ISRAELISCHE BESATZUNG AUSGESETZT SIND

- Bau- und Ausbau von völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen
- Vertreibungen und Häuserzerstörungen
- Zwangsumsiedlung
- Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und Kollektivstrafe
- Enteignung von Rohstoffen
- Einschränkungen der Rechte auf ein Familienleben und eine Existenzgrundlage
- Willkürliche Verhaftungen, Verwaltungs- und unfaire Gerichtsverfahren
- Folter und andere Misshandlung
- Ungesetzliche Tötungen
- Einschränkungen der Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit

QUELLE // 50 JAHRE ISRAELISCHE BESATZUNG
AMNESTY INTERNATIONAL
WWW.AMNESTY-KOELN-GRUPPE2415.DE

WICHTIGE LINKS

- Vereinte Nationen in Palästina
www.ochaopt.org
- Renommierte palästinensische Menschenrechtsorganisation
www.alhaq.org
- Renommierte israelische Menschenrechtsorganisation
www.btselem.org
- Deutscher Koordinationskreis Palästina Israel – für ein Ende der Besatzung und für einen gerechten Frieden (KoPI)
www.kopi-online.de/wordpress
- Palästinensische Mission, die diplomatische Vertretung Palästinas in Deutschland
www.palaestina.org

DIE FORTSCHREITENDE ANNEXION PALÄSTINAS



Jüdischer und palästinensischer Landbesitz



UN Teilungsplan



Krieg von 1948



1967–2021

Die Frauen-Hymne

VON DAREEN TATOUR

Die palästinensische Dichterin und Aktivistin Dareen Tatour aus Israel ist 2015 wegen der Veröffentlichung ihres Gedichts „Widersteht mein Volk, widersteht“ in den sozialen Medien festgenommen worden. „Israel will nicht, dass Palästinenser*innen über Politik und die Realität der Besetzung sprechen“, ist die Dichterin überzeugt. „Sie haben Angst vor der Wahrheit.“ 2015 hat Israel eine Cyber-Abteilung geschaffen, die Posts in sozialen Medien zensiert.

2019 hat Tatour die Oxfam Novib/ PEN Auszeichnung für Meinungsfreiheit erhalten.

Erhebe dich von allen Seiten und zerbreche deine Ketten
 Suche die Herausforderung und spiele die Melodie der Standhaftigkeit
 Zerreiße die Kleidung der Stille, zerrupfe sie
 Du bist das Licht der Welt, erhelle die verdammte Dunkelheit
 Zerstöre dein Gefängnis, stehe auf und bewege das stille Meer
 Unser Recht wird nicht wie eine abgelegene Eisscholle vergessen bleiben
 Fürchte dich nicht vor dem Krieg eines Tyrannen, du bist das Licht der Welt
 Geschwind zerschlage die Fesseln und überwinde alle Mauern
 Befreie deine Zunge und lege die Stille ab
 Weder die Wahrheit noch der Abriss von Mauern ist ein Verbrechen
 Aber das leblose Leben ist ein Verbrechen und eine Schande
 O Tochter des schönen Universums erneuere den süßesten Bund
 Erhebe deine Stimme für die Gerechtigkeit, erhebe dich wie ein Donner
 Sei den Menschen eine Lehre bei Erfüllung der Versprechen

ÜBERSETZUNG: NAZIH MUSHARBASH/KHALED ALSHOMALI

HINWEIS:
 IM GEGENSATZ ZU VIELEN SPRACHEN GIBT ES IM ARABISCHEN
 DEN WEIBLICHEN IMPERATIV.
 IN DIESEM GEDICHT WERDEN DIE FRAUEN AUFGEFORDERT.





„DIE AUSWANDERERIN“ ÖL AUF LEINEN, 2017 // VON SLIMAN MANSOUR

Sliman Mansour wurde 1947 in Birzeit, Palästina, geboren und ist einer der bekanntesten palästinensischen Künstler. Er studierte an der Bezal'el-Akademie für Kunst und Design in Jerusalem.